

Holst, Elke; Schupp, Jürgen

**Working Paper — Digitized Version**

Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993: Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme ist Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der "Institutionen" erforderlich

DIW Discussion Papers, No. 90

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Holst, Elke; Schupp, Jürgen (1994) : Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993: Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme ist Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der "Institutionen" erforderlich, DIW Discussion Papers, No. 90, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95734>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Diskussionspapiere  
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 90

**Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von  
Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993**

**- Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme ist Umdenken in der  
Gesellschaft und Umbau der 'Institutionen' erforderlich -**

von

Elke Holst und Jürgen Schupp (DIW)

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.  
Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

# **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung**

## Diskussionspapier Nr. 90

### **Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993 - Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme ist Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der 'Institutionen' erforderlich -**

von  
Elke Holst und Jürgen Schupp (DIW)

Berlin, im Mai 1994

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin  
Telefon: 49-30 - 82 991-0  
Telefax: 49-30 - 82 991-200

## **Gliederung**

1. Vorbemerkung
2. Zur Datenbasis
3. Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland
  - 3.1. Verlauf der Arbeitslosigkeit im Querschnitt
  - 3.2. Dynamik am Arbeitsmarkt
- Exkurs:* Arbeitslosigkeit und Ihre Auswirkungen auf die Erwerbskonstellation von Paarhaushalten in Ostdeutschland
4. Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt?
  - 4.1. Entwicklung der Erwerbsbeteiligung
  - 4.2. Nichterwerbstätige
    - 4.2.1. Entwicklung des Anteils der "Nur"-Hausfrauen und alterspezifische Betroffenheit
    - 4.2.2. Erwerbswünsche Nichtbeschäftigter und Erwerbsstatus ein Jahr später
  - 4.3. Erwerbstätige
    - 4.3.1. Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit und tatsächliche Entwicklung ein Jahr später
    - 4.3.2. Ursachen des Ausscheidens aus einer Beschäftigung und Einschätzung der Arbeitsbedingungen am neuen Arbeitsplatz
5. Beschäftigungsperspektiven für Frauen
6. Einstellung der Erwerbsbevölkerung gegenüber der Zukunft
7. Arbeitszeitpolitik
  - 7.1. Arbeitszeitpolitik zur Milderung der Beschäftigungsprobleme
  - 7.2. Potential für Arbeitszeitverkürzung - ohne Lohnausgleich
  - 7.3. Teilzeitarbeit
  - 7.4. Wunsch nach Mehrarbeit Vollzeit Erwerbstätiger
8. **Ausblick: Lösung der Beschäftigungsprobleme erfordert Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der Institutionen**

**Anhang:        Abbildungen, Tabellen und Übersichten**

## 1. Vorbemerkung

Die Wirtschaftskrise der westlichen Industriestaaten hat - trotz einiger Verzögerung infolge der Vereinigung Deutschlands - auch Westdeutschland erreicht. Der Absatzschwäche der Unternehmen folgten Massentlassungen bei den Beschäftigten. Im Frühjahr 1994 prägen immer noch zunehmende Beschäftigungsprobleme in Westdeutschland und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland das Bild auf dem Arbeitsmarkt.

These dieses Beitrags ist, daß ein freiwilliger Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt trotz der Beschäftigungskrise bislang weder in großem Umfang stattgefunden hat, noch zukünftig stattfinden wird. Zur Untermauerung der These wird auf die Entwicklung der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben und die Entwicklung der Erwerbsorientierung von Frauen im Zuge des Zusammenwachsens beider Teile Deutschlands eingegangen. Weiterhin werden Konsequenzen angediskutiert, die sich vor dem Hintergrund eines zu erwartenden anhaltenden Auseinanderklaffens von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Hierzu gehört u.E. neben klassischen Instrumenten auch die verstärkte Nutzung der Arbeitszeitpolitik zur Umverteilung von Arbeit auf mehr Personen. Aufgrund erwarteter zunehmender Ungleichgewichte in der Gesellschaft wird u.a. eine Neudefinition von Arbeit sowie die forcierte aktive Solidarität zwischen den Geschlechtern für notwendig erachtet.

## 2. Zur Datenbasis

Der größte Teil der folgenden Überlegungen und Thesen basiert auf Erkenntnissen und Erfahrungen, die am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus der Arbeit mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) empirisch gewonnen wurden und die eine mikroanalytische Ergänzung der stärker makro-ökonomischen Aktivitäten des Instituts darstellen.

Das SOEP ist eine empirische Langzeituntersuchung zur repräsentativen Erfassung und Interpretation des gesellschaftlichen Wandels<sup>1</sup>. Die Studie läuft seit 1984 in der alten

---

1 Vgl. hierzu auch Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel (1993): Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW, Heft 1/2, S. 27-42 sowie Wagner, Gert; Schupp, Jürgen und Rendtel Ulrich (1994): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. In: Hauser, Richard; Ott, Notburga und Wagner, Gert (Hrsg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik -

Bundesrepublik und konnte noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Juni 1990 auf das Gebiet der damaligen DDR ausgedehnt werden<sup>2</sup>. Die Wiederholungsbefragungen finden einmal jährlich, jeweils im Frühjahr statt.

Die weitgehend sachgleiche Entwicklung der Erhebungsinstrumente und der vergleichbare methodische Ansatz der Stichprobenauswahl erlauben - nach entsprechenden Hochrechnungsschritten - innerdeutsche Vergleiche. Der Stichprobenumfang der Basisbefragung (Ost) wurde bewußt groß genug gewählt, um eigenständige Analysen zum Entwicklungsprozeß von Personen und Haushalten in den neuen Bundesländern durchführen zu können. Den Analysen liegen die Daten der ersten vier Befragungswellen in Ostdeutschland sowie die zeitgleichen Daten der Wellen 7 bis 10 in Westdeutschland zugrunde. Somit kann die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1990 und Frühjahr 1993 empirische beleuchtet werden.

### 3. Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland

#### 3.1. *Verlauf der Arbeitslosigkeit im Querschnitt*

In *Ostdeutschland* stellen die Frauen den überwiegenden Teil der Arbeitslosen (Abbildung 1). Seit 1990 verschlechterte sich die Struktur der Arbeitslosen zuungunsten der Frauen. Im Februar 1994 waren in Ostdeutschland weit über 60% aller Arbeitslosen Frauen. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist zu diesem Zeitpunkt mit 23% annähernd doppelt so hoch wie die der Männer (13%).

Im Vergleich des Verlaufs der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1991, 1992 und 1993 (Abbildung 2) wird deutlich, daß Frauen stärker von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit als Männer betroffen waren und in geringerem Umfang vom Abbau der Arbeitslosigkeit profitierten. Jeweils in der ersten Jahreshälfte konnte die Arbeitslosigkeit bei den Frauen weniger stark als bei den Männern abgebaut werden (bzw. sie stieg stärker an). In der zweiten Jahreshälfte stagnierte die Frauenarbeitslosigkeit zumeist auf hohem Niveau; den

---

Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin: Akademie, S. 70-112.

2 Vgl. zu Konzept und Methode der Studie Schupp, Jürgen und Gert Wagner (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern*. Frankfurt/M. - New York: Campus, S. 260-279.

Männern gelang es dagegen im Jahresverlauf, die Arbeitslosigkeit etwas abzubauen<sup>3</sup>. In der Konsequenz stieg der Sockel arbeitsloser Frauen von 1990 bis 1993 auf ein immer höheres Niveau; bei den Männern wurde in diesem Zeitraum 1991 der höchste Wert erreicht.

In *Westdeutschland* sind im Frühjahr 1994 absolut wie relativ betrachtet mehr Männer arbeitslos gemeldet als Frauen. Hier profitieren Männer zwar ebenfalls mehr von einem Abbau der Arbeitslosigkeit, sie sind aber im Unterschied zu ostdeutschen Männern stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen (Abbildung 3).

Es soll deshalb anhand der dynamischen Betrachtung der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt geprüft werden, ob der besonders starke Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit bei den Männern auf einen geringeren Beschäftigungsverlust bei den Frauen oder auf einen verstärkten Rückzug der Frauen in die Stille Reserve<sup>4</sup> bei Verlust der Erwerbsarbeit zurückzuführen ist.

### 3.2. *Dynamik am Arbeitsmarkt*

In Tabelle 1 wird die unterschiedliche geschlechtsspezifische Betroffenheit am ost- und westdeutschen Arbeitsmarkt im Vergleich verschiedener Jahres-Längsschnittbetrachtungen dargestellt. Für Ostdeutschland werden die Jahresperioden<sup>5</sup> 1990/91, 1991/92 und 1992/93, für Westdeutschland die Periode 1992/93 ausgewiesen.

Hiernach zeigt sich für *Ostdeutschland*: Frauen werden häufiger arbeitslos und verbleiben mit steigender Tendenz länger in der Arbeitslosigkeit als Männer. Erwerbstätige Frauen sind wiederum weniger häufig durchgängig erwerbstätig. Sie pendeln auch weniger in die alten Bundesländer, um regionale Arbeitsmarktprobleme zu überwinden. Der Anteil der Frauen, die innerhalb der Untersuchungsperioden irgendwann einmal erwerbstätig waren, sinkt von 85% in der Periode 1990/91 auf 71% in der Periode 1992/93.

---

3 So verwundert es nicht, daß der größte Anteil der Langzeitarbeitslosen Frauen sind.

4 In unserem Beitrag wird die Stille Reserve wie folgt definiert: Alle nichtregistrierten Arbeitslosen mit Erwerbswunsch; d.h. erwerbsbereite Personen, die weder arbeitslos gemeldet noch in Erziehungsurlaub oder in Ausbildung sind und sich auch nicht in einer Bildungsmaßnahme befinden. Nach dem IAB-Konzept berechnet sich im Unterschied hierzu zur Stille Reserve aus dem "Saldo von nichtregistrierter Arbeitslosigkeit und Entmutigungseffekten einerseits und zusätzlichen Entmutigungseffekten". Hier stellt sich das Problem, die Entmutigungseffekte zu quantifizieren. Vgl. Brinkmann, Christian und Christian Klauer, Lutz Reyher, Manfred Thon (1987): Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve. MittAB, Jg. 20, Heft 4, S.392.

5 Die Jahresperioden umfassen durchschnittlich zwölf Monate.

Die dynamische Betrachtung belegt auch die erheblichen Schwierigkeiten der Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt: Über ein Viertel (26%) sind in der Periode 1992/93 dauerhaft ohne eine Erwerbsarbeit, bei den Männern liegt der Anteil nur bei einem Achtel (13%). Vollständig zurückgezogen vom Arbeitsmarkt ("Nur"-Hausfrau<sup>6</sup>) hat sich hiervon jeweils die Hälfte; die andere Hälfte ist arbeitslos oder befindet sich in einer Bildungsmaßnahme. Der im Zeitablauf erhebliche Anstieg des Anteils dauerhaft nichterwerbstätiger "Nur"-Hausfrauen von 8% im Zeitraum 1990/91 auf 14% im Zeitraum 1992/93 und -Männer<sup>7</sup> (1990/91 2%, 1992/93 7%) ist vor allem durch die rege Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen zu erklären: 71% der dieser Gruppe zuzuordnenden Nichterwerbstätigen sind älter als 55 Jahre; nur 16% sind jünger als 50 Jahre (Abbildung 4).

Als positiv zu verbuchen sind die gegenüber den Männern höheren Rückkehrquoten in den Beruf (Tabelle 1). Erstmals in der Periode 1992/93 nehmen wieder relativ mehr Frauen und Männer eine Erwerbstätigkeit auf als arbeitslos werden. Die im SOEP befragten ostdeutschen Frauen ziehen sich bereits seit der Jahresperiode 1991/92 in geringerem Umfang als die Männer völlig vom Arbeitsmarkt zurück<sup>8</sup>.

In *Westdeutschland* ist im Frühjahr 1993 ein weit größerer Teil der Beschäftigten durchgängig erwerbstätig als in Ostdeutschland; von ihnen erlebt ein geringerer Teil als in Ostdeutschland 1993 berufliche Veränderungen. Weiterhin "strömt" ein geringerer Teil in die bzw. aus der Beschäftigung. Schließlich liegt der Anteil der durchgängig nichterwerbstätigen "Nur"-Hausfrauen wesentlich höher.

Es fällt zudem auf, daß aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedene Frauen in Westdeutschland - trotz etwa gleich hoher Abgangsquoten wie die Männer - sich in geringerem Umfang arbeitslos melden. Die im SOEP befragten westdeutschen Frauen gehen häufiger in den Erziehungsurlaub und ziehen sich - zumindest vorübergehend - eher völlig vom Arbeitsmarkt zurück ("Nur"-Hausfrauen)<sup>9</sup>. Im betrachteten Zeitraum 1992/93

---

6 Als "Nur"-Hausfrauen bzw. -männer werden hier nichtregistrierte Erwerbslose bezeichnet, die sich nicht im Erziehungsurlaub oder in Ausbildung bzw. einer Bildungsmaßnahme befinden.

7 In Tabelle 1 die Kategorie "sonstige" in der Gruppe der *konstant* Nichterwerbstätigen.

8 In Tabelle 1 "sonstige Nichterwerbstätige" unter *Abgang* aus Erwerbstätigkeit; also nichtregistrierte Erwerbslose, die sich nicht im Erziehungsurlaub oder in Ausbildung bzw. einer Bildungsmaßnahme befinden.

9 So lautet auch die These der Bundesanstalt für Arbeit, daß sich im Westen immer mehr Frauen in die Stille Reserve zurückziehen und deshalb der Arbeitslosenbestand an Frauen im vergangenen Jahr weniger als der der Männer gestiegen sei. Vgl. dpa-Sonderdienste, Sozialpolitische

sind in Westdeutschland die Ursachen des geringeren Anstiegs der Arbeitslosigkeit bei den Frauen gegenüber den Männern also nicht darauf zurückzuführen, daß die Frauen seltener ihre Erwerbsarbeit aufgeben bzw. verlieren, sondern darauf, daß sie häufiger in andere Bereiche als den der registrierten Arbeitslosigkeit ausweichen.

Insgesamt scheint der *Abbau* von Arbeitslosigkeit in beiden Teilen Deutschlands bei den Frauen schwieriger zu sein, als bei den Männern. Dies läßt ein stärkeres Ansteigen bzw. Verharren des Sockels dauerhaft arbeitsloser Frauen für die Zukunft vermuten. Vor dem Hintergrund längerfristiger Beschäftigungsprobleme werden daher weiterhin besonders für Frauen erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten sein. Der Druck auf die Frauen, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen, wird zunehmen<sup>10</sup>.

*Exkurs: Arbeitslosigkeit und Ihre Auswirkungen auf die Erwerbskonstellation von Paarhaushalten in Ostdeutschland*

Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Haushaltsmitglieder bedeutet auch eine erhebliche Umstellung im Privatleben. Die Haushaltsmitglieder müssen sich auf finanzielle Einbußen und neue Zeitverwendungsmuster einstellen. Vergleicht man z.B. die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Paarhaushalten von 1990 bis 1993 (Tabelle 2), wird deutlich, daß sich der Anteil jener Haushalte um knapp 30% reduziert hat, in denen beide Partner erwerbstätig sind. Vor allem ältere Paare haben diese Veränderungen zu bewältigen<sup>11</sup>. Da vor allem ältere Frauen in der DDR im Übergang in den Ruhestand eine Teilzeitbeschäftigung ausübten, sank mit ihrem Ausscheiden auch der Anteil der Haushalte, in denen die Partnerin Teilzeit beschäftigt war.

---

Nachrichten 7/94 vom 14.2.1994 sowie Autorengemeinschaft (1993): Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB, Jg. 26, Heft 4, S. 456.

- 10 Der Druck wird für die Frauen nochmals verstärkt durch das noch weitgehend traditionelle Denken manches Wirtschaftsmannes der Frauenerwerbstätigkeit gegenüber. So liegen z.B. für Bernd Hof vom Institut der Deutschen Wirtschaft die Gründe für eine kurzfristig nicht zu realisierende Umsetzung des niederländischen Modells hoher Teilzeitquoten in der Bundesrepublik vor allem an dem hiesigen gesellschaftlichen Besonderheiten: So müsse zunächst der Dienstleistungssektor deutlich ausgebaut und *die Frauenerwerbsquote leicht gesenkt werden*. Entnommen aus "Die Ausweitung der Teilzeitarbeit in Deutschland braucht Zeit". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.2.1994.
- 11 Vgl. Holst, Elke (1993): Ausgewählte Befunde zur Lebenslage in den neuen Bundesländern auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. In: Hanesch, Walter (Hrsg.), Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung - Neue Folge 60, Düsseldorf: HBS, S. 53-73.

Insgesamt liegt der Anstieg bei den Paarhaushalten mit ausschließlich erwerbstätigen Männern erheblich höher als bei Haushalten, in denen die Partnerin Alleinverdienerin ist. Insofern findet eine Annäherung an die westlichen Strukturen statt. Ob jedoch langfristig tatsächlich eine Annäherung dauerhaft erfolgen wird, ist nicht zuletzt von der Erwerbsorientierung der Frauen, der finanziellen Notwendigkeit der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie den Möglichkeiten der Realisierung ihrer Erwerbswünsche und damit vom Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig.

#### **4. Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt?**

##### *4.1. Entwicklung der Erwerbsbeteiligung*

Es bleibt zu fragen, inwieweit die vielfältigen Probleme, die aus mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten resultieren, auf die Frauen derart zurückwirken werden, daß sie ihren Erwerbswunsch aufgeben und sich *freiwillig* vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Einen Hinweis zur Beantwortung dieser Frage kann u.a. das bislang zu verzeichnende Erwerbsverhalten der Frauen geben. Zunächst wird deshalb im Querschnitt die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen von 1990 (bzw. 1991) bis 1993 dargestellt.

Abbildung 5 macht deutlich, daß der Rückgang der Beschäftigung in *Ostdeutschland* bislang nicht in einen massiven Anstieg der "Nur"-Hausfrauen mündete. Die Frauen meldeten sich arbeitslos bzw. traten verstärkt in Bildungsmaßnahmen ein. Auch in *Westdeutschland* erhöhte sich - wie Abbildung 5 unten zeigt - der Anteil der Frauen, die sich in Ausbildung befanden; dagegen verminderte sich hier der Anteil der "Nur"-Hausfrauen<sup>12</sup>.

##### *4.2. Nichterwerbstätige*

###### *4.2.1. Entwicklung des Anteils der "Nur"-Hausfrauen und altersspezifische Betroffenheit*

In Ostdeutschland haben sich von 1990 bis 1993 lediglich ältere Frauen - aufgrund der Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen - verstärkt vom Arbeitsmarkt zurückge-

---

<sup>12</sup> Vgl. hierzu auch Holst, Elke und Jürgen Schupp (1993): Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland. DIW-Diskussionspapier Nr. 68, Berlin.

zogen. Dies zeigt die altersspezifische Untersuchung der Entwicklung des Anteils der "Nur"-Hausfrauen in Ostdeutschland nach dem Alter verdeutlicht (Abbildung 6).

In *Westdeutschland* besteht eine weit niedrigere Erwerbsbeteiligung von Frauen (Abbildung 7). Die Daten des SOEP bestätigen aber auch hier den säkularen Trend einer stabilen, tendentiell eher zu- denn abnehmenden Erwerbsneigung. So ist bei den mittleren Altersgruppen die - wenn auch nur leichte - Tendenz zu erkennen, daß immer weniger Frauen als "Nur"-Hausfrauen tätig sind und sich damit vollständig vom Arbeitsmarkt zurückziehen<sup>13</sup>. Eine zu Ostdeutschland gegenteilige Entwicklung hat bei der Gruppe der älteren Frauen (55-59 Jahre) stattgefunden: Hier hat der Anteil der "Nur"-Hausfrauen von 1991 auf 1993 am deutlichsten abgenommen. Die Ursache hierfür ist möglicherweise im abnehmenden Umfang an Vorruhestandsregelungen zu finden.

Die im Frühjahr 1993 nach wie vor erheblichen Unterschiede in der Erwerbsorientierung ost- und westdeutscher Frauen zeigt Abbildung 8. Sie wird besonders deutlich bei den mittleren Jahrgängen. Lediglich in der Gruppe der 55-59-Jährigen liegen die Nichterwerbsquoten in Westdeutschland mittlerweile unter jenen in Ostdeutschland. In dieser Altersgruppe wird der Rückzug vom Arbeitsmarkt überwiegend endgültig sein. Von einem Einzug in die Stille Reserve kann in dieser Altersgruppe aber sicherlich nicht die Rede sein.

Bis zum Frühjahr 1993 kann in beiden Teilen Deutschlands also nicht von einem massiven freiwilligen Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt (und damit in das "Nur"-Hausfrauen-Dasein) gesprochen werden. Der Erwerbswunsch der Frauen blieb auch bei hoher Arbeitslosigkeit erhalten. Es bleibt zu fragen, wie dringlich der Erwerbswunsch nichtbeschäftigter Frauen ist und inwieweit dieser Erwerbswunsch realisiert werden bzw. in der Vergangenheit realisiert werden konnte.

#### 4.2.2. *Erwerbswünsche Nichterwerbstätiger und ihr Erwerbsstatus ein Jahr später*

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland will der überwiegende Teil *nichtbeschäftigter* Frauen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 55 Jahre) erwerbstätig sein. Die Erwerbsorientierung der Frauen ist in unsicheren Zeiten sogar noch gestiegen. Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, daß der Erwerbswunsch der Frauen von 1990 bis 1993 in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland zugenommen hat.

---

13 Frauen im Erziehungsurlaub haben bzw. vertrauen auf eine Rückkehroption in den Betrieb.

Insgesamt ist in Ostdeutschland der Wunsch, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, erwartungsgemäß weit deutlicher ausgeprägt als in den alten Bundesländern. Während fast drei Viertel der ostdeutschen Frauen sofort bzw. innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Erwerbsarbeit aufnehmen möchten, sind dies in Westdeutschland von allen nichtbeschäftigten Frauen lediglich ein Fünftel. In Ostdeutschland wollen 1993 nur noch ein Zehntel der Frauen gar nicht mehr erwerbstätig werden. Der Anteil der Frauen ohne künftigen Erwerbswunsch sank in Westdeutschland von 45% im Jahr 1990 auf 38% im Jahr 1993.

In Ostdeutschland unterscheiden sich die Erwerbswünsche nichtbeschäftigter Frauen kaum von jenen der dort lebenden nichtbeschäftigten Männer ihrer Altersgruppe (16-55 Jahre). Da jedoch wesentlich mehr Frauen als Männer in den neuen Ländern keine Beschäftigung haben, ist die hochgerechnete absolute Zahl jener Frauen, die eine Erwerbsarbeit aufzunehmen wünschen, mit Abstand höher (1993: 1,14 Mio) als die der Männer (1993: 0,61 Mio).

Welche Gruppe innerhalb der Nichterwerbstätigen hat eine hohe und welche eine niedrige Erwerbsneigung? Hierzu wurde die Absicht der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mit den Ereignissen der Vorperiode kontrolliert (Tabelle 4). In Ostdeutschland wollen knapp drei Viertel derer, die 1992 noch erwerbstätig waren und bis zum Befragungszeitpunkt 1993 aus der Erwerbstätigkeit ausschieden, wieder möglichst umgehend eine Beschäftigung aufnehmen; in Westdeutschland sind es dagegen nur 36%. Etwa drei Viertel der ostdeutschen aber nur gut ein Viertel (28%) der westdeutschen Frauen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, wollen sofort oder innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Hier könnte ein Teil der von der Bundesanstalt für Arbeit vermuteten Stillen Reserve bei den Frauen zu finden sein. Arbeitslos Gewordene äußern am häufigsten den Wunsch, möglichst schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren. Am seltensten wird dieser Wunsch - erwartungsgemäß - von jenen geäußert, die sich bereits vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben (also dauerhaft nichterwerbstätige "Nur"-Hausfrauen).

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Erwerbswunsch ostdeutscher Frauen verharrt auf hohem Niveau<sup>14</sup>, der der westdeutschen Frauen nimmt auf niedrigerem Niveau seit Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahre 1990 stetig zu.

---

14 Zu den Gründen vgl. auch Holst, Elke (1991): Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland. In: DIW-Wochenbericht 30/91, S. 421-426.

In welchem Umfang konnten die Frauen im Vergleich zu den Männern in der Vergangenheit ihren Erwerbswunsch realisieren? Die konjunkturelle Lage in Westdeutschland sowie der Grad der Anpassung an westliche Strukturen und die Bewältigung der strukturellen Krise in Ostdeutschland spielen dabei eine wesentliche Rolle.

In Ostdeutschland steigt der Anteil der Männer, die wieder eine Beschäftigung finden, seit 1990 an (Tabelle 5); bei den Frauen ist dagegen keine Besserung der Rückkehrmöglichkeit auf den Arbeitsmarkt eingetreten. 62% der nichterwerbstätigen Männer, aber nur 43% der Frauen mit einem 1992 geäußerten Erwerbswunsch waren ein Jahr später (1993) erwerbstätig. Auch in Westdeutschland liegt der Realisierungsgrad des Erwerbswunsches bei den Männern höher als bei den Frauen, jedoch sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer als in Ostdeutschland (1992/93: Frauen 45%, Männer 50%). Frauen mit Erwerbswunsch halten sich in den alten Bundesländern weit häufiger als in Ostdeutschland in der Stillen Reserve auf (1992/93 Frauen: West 31%, Ost 9%).

#### 4.3. Erwerbstätige

##### 4.3.1. *Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit und Realitätsnähe der Einschätzung*

Die schlechte Arbeitsmarktsituation spiegelt sich auch in den Ängsten der Beschäftigten wider. In Ostdeutschland erwarten Erwerbstätige im Frühjahr 1993 nach wie vor in weit höherem Umfang als westdeutsche Beschäftigte ihren Arbeitsplatz zu verlieren (Tabelle 6). Während in Ostdeutschland diese Ängste seit 1990 langsam abnehmen, wächst die Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust in Westdeutschland.

Die ostdeutschen Frauen fühlen sich - zurecht - häufiger von einem Arbeitsplatzverlust bedroht als die Männer. In Westdeutschland ist dies bislang nicht der Fall<sup>15</sup>. Insgesamt fühlen sich über ein Drittel der Frauen (36%, davon 20% arbeitslos) und mehr als ein Viertel der Männer (26%, davon 12% arbeitslos) im erwerbsfähigen Alter im Frühjahr 1993 vom Arbeitsplatzverlust bedroht bzw. waren bereits arbeitslos; in Westdeutschland sind dies zu diesem Zeitpunkt "nur" reichlich 8% der Frauen (davon 4% arbeitslos) und gut 12% der Männer (davon 6% arbeitslos).

---

15 Dies ist u.a. auf den in Westdeutschland höheren Anteil nichterwerbstätiger Frauen sowie auf die unterproportionale Beschäftigung von Frauen im bislang vor allem vom Beschäftigungsverlust betroffenen verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen.

Tatsächlich herrscht in Westdeutschland im Frühjahr 1993 noch für das Gros der Beschäftigten die Überzeugung vor, einen weitgehend sicheren Arbeitsplatz zu besitzen. Im Unterschied zu Ostdeutschland steigt mit zunehmendem Alter die subjektiv wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit. Besonders deutlich wird dies bei den Männern: Untersucht man die Altersgruppen 16-34 Jahre, 35-49 Jahren und 50-59 Jahre, liegt in Westdeutschland im Frühjahr 1993 der Anteil derjenigen, die erwarten, sicher ihren Arbeitsplatz zu erhalten, in der jüngsten Altersgruppe bei 31%, in der mittleren bei 41% und in der höchsten Altersgruppe bei 45%; in Ostdeutschland nehmen dagegen die entsprechenden Anteile ab von 20% über 17% auf 8% (Frauen West/Ost: 27% bzw. 11%, 33% bzw. 10%, 34% bzw. 5%).

Die vorliegenden Ergebnisse sind insofern überraschend, als bei den auch schon im Frühjahr 1993 in den Schlagzeilen der Tagespresse düsteren Arbeitsmarktperspektiven für Westdeutschland ein (noch) derart hohes Vertrauen in die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes besteht. Die Tendenz, daß in Westdeutschland mit steigenden Alter eine höhere subjektive Arbeitsplatzsicherheit festgestellt werden kann, gibt Anlaß zu der Vermutung, daß sich eine stärkere Segregation der Beschäftigten in Stammebelegschaften mit verhältnismäßig sicheren Arbeitsplätzen und Randbelegschaften mit im Vergleich dazu unsicheren bzw. befristeten Arbeitsplätzen herausgebildet hat. Dabei haben diejenigen, die eine Erwerbsarbeit entweder neu oder erneut aufnehmen, ein höheres Risiko zu tragen, in die Randgruppe zu gelangen, als jene, die bereits erwerbstätig sind. Diesem Risiko sind vor allem Jüngere, die ins Berufsleben eintreten sowie Frauen ausgesetzt, die im Vergleich zu Männern häufiger Erwerbsunterbrechungen aufweisen.

Daß die subjektiven Erwartungen bezüglich des Arbeitsplatzverlustes durchaus realistisch sind, zeigt Tabelle 7. Von jenen Erwerbstätigen in Ostdeutschland, die 1990 meinten, ihren Arbeitsplatz ganz sicher zu verlieren, waren knapp neun von zehn Frauen und Männern ein Jahr später entweder an anderer Stelle beschäftigt oder aber nicht mehr erwerbstätig. Daß die subjektive Erwartung auch in den Folgejahren sehr häufig zutreffen, weist der konstant hohe Assoziationskoeffizient Cramer's V nach<sup>16</sup>.

---

16 Dieser auf Chi-Quadrat beruhende Assoziationskoeffizient läßt sich für die Tabelle 7 anzutreffende 4 x 3 Felder Kreuztabelle anwenden. Im Falle statistischer Unabhängigkeit zwischen 'Erwartung' und tatsächlicher beruflicher Veränderung hat der Koeffizient den Wert 0 (vgl. zu statistischen Details bspw. Benninghaus, Hans 1991: Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse, 2. Aufl., München: Oldenbourg, S. 216ff.).

#### 4.3.2. Ursachen des Ausscheidens aus einer Beschäftigung und Einschätzung der Arbeitsbedingungen am neuen Arbeitsplatz

Die Ursachen des Ausscheidens aus einer Stelle können entscheidend für eine Wiederbeschäftigung und damit das weitere Fortkommen im Erwerbsleben sein. Von besonderer Bedeutung für eine erneute Beschäftigung ist sicherlich, ob eine Kündigung ausgesprochen oder selbst gekündigt wurde. 1993 waren in *Ostdeutschland* die Ursachen für ein Ausscheiden aus einer Stelle (vgl. Tabelle 8) zumeist unfreiwillig. Sie lagen vorwiegend in der Kündigung des Arbeitgebers (Frauen 28%, Männer 27%), in der Stilllegung des Betriebes (Frauen 25%, Männer 22%), aber auch noch in recht erheblichem Umfang in der eigenen Kündigung (Frauen 15%, Männer 22%). Weiterhin spielten nicht befristete Arbeitsverhältnisse eine nicht zu vernachlässigende Rolle (Frauen 9%, Männer 13%) - *im Westen* dominierte dagegen als Ursache für das Ausscheiden aus der letzten Stelle die eigene Kündigung (Frauen 41%, Männer 47%); bei den Frauen fällt hier der Erziehungsurlaub noch ins Gewicht (Frauen 24%, Männer 6%). Insgesamt lösen Männer häufiger als Frauen ihr Arbeitsverhältnis aus eigener Initiative auf.

Wird wieder eine Beschäftigung neu angetreten (vgl. Abbildung 9), können sich im Vergleich zur alten Stelle die Arbeitsbedingungen auch verschlechtern. So wird am häufigsten in West- und Ostdeutschland bei einem Stellenneuantritt genannt, daß sich die Arbeitsbelastungen erhöht hätten. Während Frauen dies in Westdeutschland mehr als jede Dritte Frau erlebt, sieht sich in Ostdeutschland sogar jede zweite Frau mit dieser Problematik konfrontiert. (Bei den Männern liegt der Anteil in beiden Teilen Deutschlands mit etwa 46% gleich hoch.) Beim Antritt einer neuen Stelle haben sich zudem die Aufstiegsmöglichkeiten häufiger für Frauen als für Männer verschlechtert. Immerhin ein Drittel der ostdeutschen Frauen und ein gutes Fünftel der westdeutschen Frauen beurteilten ihre Aufstiegchancen in der neuen Stelle schlechter als am alten Arbeitsplatz. In Ostdeutschland wird von etwa einem Drittel die Verschlechterung der Länge des Arbeitsweges, die Arbeitszeitregelung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes beklagt. In Westdeutschland beklagen vor allem die Männer eine Verschlechterung der Arbeitszeitregelung, die Frauen müssen dagegen häufiger als Männer eine Verschlechterung beim Verdienst hinnehmen.

## 5. Beschäftigungsperspektiven für Frauen

Insgesamt deuten die bislang präsentierten Ergebnisse zur Erwerbsbeteiligung von Frauen darauf hin, daß auch in Westdeutschland das Potential der Frauen, die sich künftig *freiwillig* vom Arbeitsmarkt zurückziehen und ihre Suchaktivitäten vollständig einstellen werden, nicht zu hoch eingeschätzt werden sollte. Bei anhaltend hoher bzw. noch steigender Arbeitslosigkeit<sup>17</sup> läßt die Untersuchung von Erwerbswünschen und deren bisherigen Realisierungschancen insbesondere bei den Frauen ein immer stärkeres Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit im Erwerbsbereich - und damit einhergehend einen zunehmenden Wohlfahrtsverlust - erkennen. Hieraus allerdings zu schließen, daß ein massiver freiwilliger Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt, wie in der Vergangenheit stattfinden könnte, wäre sicherlich voreilig. Nicht zuletzt auch finanzielle Erfordernisse machen eine Erwerbsbeteiligung für einen großen Teil der Frauen zwingend erforderlich<sup>18</sup>. Vorstellbar sind deshalb weitere Anstrengungen der Frauen, erwerbstätig zu sein und gleiche Chancen und Voraussetzungen wie die Männer am Arbeitsmarkt zu erlangen.

Hierfür sprechen auch die von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) genannten Gründe einer weiterhin steigenden Erwerbsneigung der Frauen:

- Der Trend zur persönlichen Selbstbestimmung und materiellen Unabhängigkeit;
- das gestiegene Ausbildungsniveau und der Wunsch, den erlernten Beruf auch auszuüben;
- der Rückgang der Geburtenhäufigkeit sowie der Anstieg der Scheidungsquote;
- das wachsende Angebot an Arbeitsplätzen mit reduzierter bzw. flexibler Arbeitszeit und
- die Notwendigkeit, das Haushaltseinkommen zu sichern und zu erhöhen<sup>19</sup>.

---

17 Vgl. z.B. Sachverständigenrat (1993): Zeit zum Handeln - Antriebskräfte stärken. Jahresgutachten 1993/94. Stuttgart; Spieker, Friederike (1994): Arbeitsmarkt: Talsohle ist noch nicht durchschritten. In: DIW Wochenbericht 4/94; Autorengemeinschaft (1993): Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4/93.

18 Zum Zusammenhang von länger andauernder Arbeitslosigkeit und Einkommensposition des Haushalts vgl. u.a. Holst, Elke (1993): Ausgewählte Befunde zur Lebenslage in den neuen Bundesländern auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels. In: Hanesch Walter (Hrsg.): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung - Neue Folge 60, Düsseldorf, S. 53-73.

19 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994): Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen. Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg, S. 61.

Welche längerfristigen Beschäftigungsperspektiven bieten sich nun für die Frauen? In einer Projektion der Beschäftigung für das 2010 wurden die möglichen künftigen Entwicklungspfade durch IAB und Prognos untersucht<sup>20</sup>.

In der Tat ist eine Ausweitung des überwiegend Frauen beschäftigenden Dienstleistungssektors zu erwarten, fraglich ist allerdings, ob dies nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ den Frauen zugute kommt. So wird im wesentlichen der Anstieg bei den Sekundären Dienstleistungen, wie Beraten, Lehren, Management, Forschen, Entwickeln etc., die bislang vor allem von Männer ausgeübt werden, erwartet (Übersicht 1). Der Anteil der Primären Dienstleistungen, die verstärkt Frauen ausüben, wird nach IAB/Prognos-Projektion abnehmen. Hinzu kommt, daß Frauen, die nicht im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, zu rund einem Fünftel in Produktionsberufen mit ungelerten und angelernten Tätigkeiten arbeiten. Der Anteil dieser Arbeitsplätze wird bis zum Jahre 2010 aber ebenfalls abnehmen.

Es findet aber nicht nur ein Wandel der Wirtschaftszweig- und Tätigkeitsstrukturen statt, auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten wird sich in den nächsten Jahren ändern. Prognos vermutet für die Zukunft einen Mangel gerade bei jenen qualifizierten Fachkräften, die für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar sind. Höher qualifizierte Tätigkeiten (wie Führungsaufgaben, Management, Betreuung, Beratung etc.) werden zunehmen (vgl. Übersicht 2); Tätigkeiten, die eine geringere Qualifikation erfordern, hingegen abnehmen. Gerade in Westdeutschland üben Frauen jedoch derartige Tätigkeiten in großem Umfang aus. Um den Anschluß nicht zu verlieren, müssen Frauen verstärkt Führungsaufgaben übernehmen, ihre Grundqualifikationen verbessern als auch sich verstärkt weiterbilden. Tatsächlich werden allerdings entsprechende Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik abgebaut. Im Zuge des Transformationsprozesses wurden darüber hinaus die befragten ostdeutschen Frauen im SOEP innerhalb kürzester Zeit (von Juni 1990 bis Frühjahr 1991) weitestgehend aus ihren Führungspositionen verdrängt<sup>21</sup>. Auch die Ergebnisse des Mikrozensus 1991 (Übersicht 3) zeigen die geringe Teilhabe von Frauen an gehobenen Führungsfunktionen: Der Anteil lag in Westdeutschland bei 3% in Ostdeutschland bei 6% gegenüber jeweils 9% bei den

---

20 Die nachfolgenden Informationen zu den IAB/Prognos-Projektionen entnahmen wir dem Arbeitsmarktreport für Frauen 1994. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994): Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen. Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg, S. 61ff.

21 Vgl. hierzu auch Holst, Elke und Jürgen Schupp (1991): Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern - Befunde des Sozio-ökonomischen Panels. DIW-Diskussionspapier Nr. 37.

Männern. Insgesamt waren die Frauen in Ostdeutschland allerdings 1991 noch häufiger in Führungspositionen vertreten als Frauen in Westdeutschland. So werden die Entscheidungen über die Einstellung von Männern und/oder Frauen also vorwiegend von Männern getroffen.

Die Bundesanstalt für Arbeit sieht vor allem in der Tendenz zu einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit die besten Chancen für einen Aufstieg der Frauen in qualifizierte Tätigkeiten und Führungspositionen<sup>22</sup>. Allerdings wird ebenfalls als weitere wichtige Voraussetzung die Entlastung der Frauen von familiären Pflichten genannt. Hier ist noch ein erheblicher Handlungsbedarf notwendig.

Die Beschäftigungsperspektiven von Frauen sehen vor diesem Hintergrund nicht sehr günstig aus.

## **6. Einstellung der Erwerbsbevölkerung gegenüber der Zukunft**

Die schwierige Arbeitsmarktsituation schlägt sich auch in der allgemeinen Stimmung unter der Erwerbsbevölkerung (16-59 Jahre) nieder. Im SOEP wurde gefragt, inwieweit die Aussage stimme: "Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich sehr zuversichtlich". In Ostdeutschland wird die Zukunft hiernach immer weniger zuversichtlich eingeschätzt (Tabelle 9). Blickten 1990 noch 60% der Frauen zuversichtlich in die Zukunft, waren es 1993 nur noch gut die Hälfte. Die Männer waren etwas zuversichtlicher als die Frauen, doch reduzierte sich auch hier der Anteil der Zuversichtlichen von 67% auf 58%.

Der Anteil jener, die in Westdeutschland eher zuversichtlich in die Zukunft blicken, ist ebenfalls gesunken: bei den Frauen von 61% auf 53% und bei den Männern noch stärker von 67% auf 56%. Damit haben sich die Werte jenen in Ostdeutschland angenähert bzw. sie zum Teil - wie bei den Männern - sogar bereits unterschritten.

---

22 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994): Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen. Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg, S. 72.

## 7. Arbeitszeitpolitik

### 7.1. *Arbeitszeitpolitik zur Milderung der Beschäftigungsprobleme*

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit gerät die Diskussion um kürzere Arbeitszeiten zunehmend in den Blickpunkt der Beschäftigungspolitik. Nicht eine für alle gleichzuhandhabende Arbeitszeitverkürzung - wie zum Teil noch zu Beginn der 80er Jahre gefordert -, sondern die parallele Nutzung einer Vielzahl von Modellen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung verbunden mit Arbeitszeitverkürzungen entspricht offensichtlich den Bedürfnissen und Anforderungen von Individuen und Betrieben. Es besteht allgemein Einigkeit darüber, daß durch Arbeitszeitverkürzung ein wirksamer beschäftigungswirksamer Beitrag geleistet werden kann<sup>23</sup>.

### 7.2. *Potential für Arbeitszeitverkürzung - ohne Lohnausgleich*

Im SOEP wurde seit Mitte der 80er Jahre in Westdeutschland und erstmals 1993 in Ostdeutschland nach der Wunscharbeitszeit der Beschäftigten gefragt, wobei in der Frage bereits die Konsequenzen für das Monatseinkommen enthalten sind: "Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde, wieviele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?"

Insgesamt ergibt sich für 1993 ein Potential von knapp 2,9 Millionen Vollzeit-Beschäftigten in Westdeutschland und knapp 0,8 Millionen Vollzeit-Beschäftigten in Ostdeutschland, die gerne massiv ihre Arbeitszeit verkürzen würden und 30 Stunden oder weniger in der Woche erwerbstätig sein möchten. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre dies Teilzeitarbeit oder anders ausgedrückt individuelle Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich (Tabelle 10).

Es überrascht nicht, daß mehr Frauen als Männer ihre Arbeitszeit massiv verkürzen möchten (Abbildung 10). Der Anteil der Frauen an allen Vollzeit beschäftigten Frauen liegt 1993 mit 29% in Westdeutschland und 26% in Ostdeutschland weit über dem Anteil

---

23 "Die Grundfrage, ob Arbeitszeitverkürzung ein Instrument zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit ist, hat die Praxis bejaht. Als *ceterum censeo* gilt freilich, daß Arbeitszeitverkürzung dann beschäftigungspolitisch kontraproduktiv wirkt, wenn Lohn- und Kapitalnutzungskosten pro Stück insgesamt steigen". Vgl. Buttler, Friedrich und Teriet, Bernhard (1994): Ein Instrument zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 74, Heft 4, S. 173.

der Vergleichsgruppe der Männer (Westdeutschland 8%, Ostdeutschland 6%). Diese relativen Zahlen spiegeln jedoch nur bedingt das reale Gewicht wider, daß die Männer unter den Vollzeit-Beschäftigten mit Präferenz für massive Arbeitszeitverkürzung (bzw. Teilzeitarbeit) einnehmen: 38% aller Vollzeit-Beschäftigten, die sich in Westdeutschland für eine Arbeitszeit von 30 Wochenstunden und weniger aussprechen, sind Männer (Ostdeutschland 24%).

Der Arbeitszeitwunsch unterliegt durchaus auch äußeren Einflüssen, wie die Entwicklung der Arbeitszeitpräferenzen seit 1985 in Westdeutschland zeigt. Deutliche Veränderungen der Arbeitszeitpräferenz ergaben sich z.B. in der Zeit der Auseinandersetzung um die 35 Stunden-Woche, die im Mai 1987 mit Abschluß des Tarifvertrages in der Metallindustrie zum Einstieg in die 35 Stunden-Woche endete. Nach diesen Ereignissen pendelte sich der Anteil potentieller ArbeitszeitverkürzerInnen (von Vollzeit auf bis zu 30 Wochenstunden) auf um die 30% bei den Frauen und etwa 8% bei den Männern ein.

Von allen Vollzeit Beschäftigten, die eine Bereitschaft zeigten, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, wollten etwa 60% der Männer und knapp die Hälfte der Frauen zwischen 36 und 40 Wochenstunden erwerbstätig sein (vgl. Tabelle 11 ). 1993 gaben 16% der westdeutschen Männer (Ost: 11%) und 18% der westdeutschen Frauen (Ost: 15%) an, einer Erwerbsarbeit zwischen 31 und 35 Stunden wöchentlich nachgehen zu wollen. Auf 20 bis 30 Wochenstunden wollten immerhin noch 7% der Männer (Ost: 4%) und 26% der Frauen (Ost: 23%) ihre Arbeitszeit reduzieren. Bis auf maximal 19 Stunden wollten kaum noch bislang Vollzeit beschäftigte Frauen und Männer ihre Arbeitszeit verkürzen.

Das reale Potential für Arbeitszeitkürzungen können die dargestellten Zahlen natürlich nur bedingt angeben. Sie stellen sicherlich eine Untergrenze dar. Wie hoch das Potential bei einem (teilweisen) Lohnausgleich wäre, sei dahingestellt. Im SOEP konnte aufgrund einer beschränkten Befragungszeit weder ermittelt werden, wie hoch die Bereitschaft ist, weniger zu arbeiten, wenn dafür im Betrieb niemand entlassen wird bzw. Neueinstellungen realisiert werden noch wie die Arbeitszeitpräferenzen aussähen, wenn der Ehepartner sein Arbeitszeitangebot verändern würde<sup>24</sup>. Auch ist zu berücksichtigen,

---

24 In einer Untersuchung der Europäischen Kommission von 1991 wird von 17 Prozent aller Vollzeit-Arbeitnehmer in Deutschland gesprochen, die gerne auf eine Teilzeit-Stelle wechseln würden. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nennt hier 14%. Das Kölner Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) hat für das Jahr 1993 ermittelt, daß 9% aller Vollzeitbeschäftigten auf Teilzeit wechseln möchten. Vgl. Bauer, Frank; Groß, Hermann und Schilling, Gabi (1994): Arbeitszeit '93. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein Westfalen. Düsseldorf, S. 92.

daß insbesondere in qualifizierten Tätigkeitsbereichen die Höhe des monatlichen Verdienstes nicht die einzige Determinante für eine Einschränkung der Arbeitszeit darstellt. Hier spielen längerfristige Folgen einer solchen Entscheidung - wie Karriere, berufliche Entwicklungschancen und langfristige soziale Sicherung - eine ebenfalls wichtige Rolle<sup>25</sup>.

### 7.3. *Teilzeitarbeit*

Derzeit besteht vor allem bei den Frauen der Wunsch nach Teilzeitarbeit, insbesondere um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Was gegenwärtig fehlt, ist ein umfangreiches bzw. ausreichendes Angebot an sozial gesicherten, qualifizierten und hochqualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Teilzeitarbeit ist vor allem als Beschäftigungsform für die "Wechselfälle des Lebens"<sup>26</sup> geeignet. Diese Option sollte zunehmend auch den Männern eröffnet werden.

Im Frühjahr 1994 wurden von der Bundesregierung mit einer "Teilzeitoffensive" verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Teilzeit durchgeführt bzw. diskutiert. Hierzu gehört z.B. die Förderung von Teilzeit bei den Bundesressorts, wonach u.a. ein ausreichendes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen auch bei Stellen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben zur Verfügung zu stellen ist. Zudem darf Teilzeitbeschäftigung nach den neuen Bestimmungen das berufliche Fortkommen nicht beeinträchtigen<sup>27</sup> (Anträgen auf Verkürzung der Arbeitszeit ist allerdings nur bei dem Vorhandensein von Familienpflichten zu entsprechen). Diese Bestimmungen zur Förderung von Teilzeit bei den Bundesressorts beziehen sich allerdings ausschließlich auf die dort Beschäftigten.

Der Bundeskanzler erklärte die Förderung der Teilzeitarbeit zur "Chefsache" und mahnte die Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen an. Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers vom März 1994, im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes mit einer finanziellen Hilfe von etwa 3.000 DM je neu geschaffenen Teilzeitarbeitsplatz Anreize für die Arbeitgeber zur Einrichtung derartiger Arbeitsplätze zu schaffen, erwies sich für die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen als unzureichend

---

25 Vgl. Schupp, Jürgen (1994): Teilzeitbeschäftigung im sozialen Wandel - Längsschnittdaten und handlungstheoretische Fundierung. Dissertation. Bochum: Ruhr-Universität.

26 Vgl. Sichermann, Barbara (1987): Frauenarbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation. Berlin: Wagenbach.

27 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6868 vom 23.2.1994.

und wurde nicht zuletzt aufgrund der erheblichen Gefahr von Mitnahmeeffekten abgelehnt.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit weist ausdrücklich darauf hin, daß mit Vorurteilen gegenüber der Teilzeitarbeit, "wie etwa jene, ein Teilzeit arbeitender Mann könne kaum ein ganzer Mann sein oder bestimmte Arbeitsplätze seien auf keinen Fall teilbar", die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigt werden könnten<sup>28</sup>. Doch wie kann dies geschehen, wenn die sozialen Sicherungssysteme sowie die Voraussetzungen für einen Karriereweg an der Vollzeitwerbstätigkeit orientiert sind?

Entscheidend für den Wechsel von Vollzeitarbeit auf Teilzeitarbeit ist neben finanziellen Restriktionen die gesellschaftliche Anerkennung dieser Beschäftigungsform. Derzeit sind Teilzeitarbeit und Karriere nicht miteinander vereinbar. Der Wechsel von Vollzeit auf Teilzeitarbeit geht u.a. mit einem Verlust von Karriereoptionen, Macht und Sicherheit einher. Soll die Attraktivität von Teilzeitarbeit gesteigert werden, ist ein grundsätzliches Umdenken und eine Umstrukturierung zahlreicher bislang noch bestehender "Institutionen" notwendig<sup>29</sup>. Dazu gehört u.a. die Ausweitung des Sicherungssystems auf die "neuen" reduzierten Beschäftigungsformen, die "Normalität" der Organisation vielfältiger Beschäftigungsformen in den Betrieben sowie die Klärung hieraus erwachsender Notwendigkeiten mit dem Tarifpartner (z.B. wie bei einem freiwilligen Verzicht auf eine Vollerwerbstätigkeit spätere Rückkehroptionen bzw. -garantien gewahrt werden können).

Die Akzeptanz von Teilzeitarbeit bei Männern wäre darüber hinaus zu steigern, wenn Männer in Leitungsfunktionen eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernähmen<sup>30</sup>, also selbst ihre Arbeitszeit ggf. für eine bestimmte Zeit verkürzen würden und diese Beschäftigungsform auch bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Teilzeitarbeit fördern würden. Auch die Frage, ob die aktive Förderung von Teilzeitarbeit und geeigneten Teilzeitsystemen in Betrieben zur Leistungsbeurteilung von Vorgesetzten zählen, zielt in eine solche Richtung.

---

28 Vgl. Jagoda, Bernhard (1994): "Mit den Denkschablonen von gestern sind die Probleme von heute nicht zu lösen". In: Handelsblatt vom 30.3.1994.

29 Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Daheim, Hansjürgen (1994): Arbeitszeitflexibilisierung als Institutionenumbau. Grundsatzreferat der RKW-Fachtagung Arbeitszeitpolitik '94 vom 11.5.1994 in Bochum.

30 Z.B. könnten die hier zitierten männlichen Befürworter der Teilzeitarbeit mit einem Wechsel auf eine Teilzeit Beschäftigung praktisch für Realisierbarkeit eines solchen Beschäftigungskonzeptes werben.

Es bleibt fraglich, ob allein die Umverteilung von Erwerbsarbeit über die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen das Beschäftigungsproblem lösen kann. In den 80er Jahren konnte die hohe Sockelarbeitslosigkeit trotz eines erheblichen Zuwachses an Teilzeitstellen in West-Deutschland nicht nachhaltig abgebaut werden. Eine alleinige Expansion von Teilzeitarbeit vor allem bei den klassischen Teilzeitjobs im Dienstleistungsgewerbe würde zudem unter den bisherigen Bedingungen letztendlich die geschlechtsspezifische Segregation am Arbeitsmarkt verstärken. Generelle, flexibel gehandhabte Arbeitszeitverkürzungen würden dem entgegenwirken und hätten - bei Kostenneutralität - innerhalb kürzerer Zeit den größeren Beschäftigungseffekt<sup>31</sup>.

#### 7.4. *Wunsch nach Mehrarbeit Vollzeit Erwerbstätiger*

Eine umfassendes Bild der Arbeitszeitpräferenzen Vollzeit Erwerbstätiger kann sicherlich erst unter Einbezug auch derer gegeben werden, die ihre Arbeitszeit gerne ausweiten möchten (Tabelle 10). Insgesamt liegt der Umfang bei den Vollzeit Beschäftigten, die wöchentlich länger arbeiten möchten, mit etwa 2,5 Millionen (Ost- und Westdeutschland) allerdings deutlich unter der Zahl jener, die angaben, massive Arbeitszeitverkürzungen bzw. Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen zu wollen (3,7 Millionen Vollzeit Beschäftigte).

In Westdeutschland wollen 1993 knapp 13% der Vollzeit beschäftigten Männer und 3% der Vollzeit beschäftigten Frauen mehr als 40 Stunden arbeiten (Tabelle 11). In Ostdeutschland waren dies sogar 20% bzw. 6%. Der Wunsch nach Mehrarbeit bei den Vollzeit-Beschäftigten bleibt vor allem auf die Männer konzentriert. In Westdeutschland sind beispielsweise 91% derjenigen, deren Wunscharbeitszeit über 40 Stunden liegt, männlichen Geschlechts (Ostdeutschland 81%).

Die Forderung nach längeren Arbeitszeiten über 40 Stunden hinaus käme demnach vor allem den Männern entgegen. Eine noch stärkere Einbindung des Mannes in den Beruf würde die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frau und Mann in der Gesell-

---

31 Zum Teil wurden bereits flexibel zu handhabende generelle Arbeitszeitverkürzungen (zur Vermeidung von Entlassungen) in Tarifverträgen vereinbart, z.B. bei VW. Auch in der Metallindustrie kann die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden gesenkt werden. Im Öffentlichen Dienst, bei der Deutschen Bahn und der Bundespost wurden Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeitvorschriften getroffen. Auch der Tarifabschluß in der Chemieindustrie enthält erweiterte Flexibilitätsspielräume bei der Arbeitszeitgestaltung der Arbeitszeitgestaltung durch eine größere Schwankungsbreite der wöchentlichen Arbeitszeit (auch noch oben). Vgl. Bispinck, Reinhard und WSI-Tarifarchiv (1994): WSI-Mitteilungen, 47. Jg, Heft 3, S. 141-154.

schaft aber eher noch verfestigen und hätte zudem eine Konzentration von Arbeitszeit und Arbeitsplätzen auf weniger Personen zur Folge.

## **8. Ausblick: Lösung der Beschäftigungsprobleme erfordert Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der Institutionen**

Die Beschäftigungsprobleme werden nach Einschätzung vieler Experten auch noch längerfristig anhalten. So machte die Internationale Arbeitsorganisation IAO im Frühjahr 1994 weltweit die schwerste Krise am Arbeitsmarkt seit der Depression der 30er Jahre aus. Erstmals seien alle Länder "mit einer langfristig, hartnäckigen Arbeitslosigkeit" konfrontiert<sup>32</sup>. Die Gründe für diesen Trend lägen im Ausmaß und Tempo des technologischen Wandels, der viele Arbeitsplätze gekostet habe.

Für den hiesigen Arbeitsmarkt stellt Prognos fest, daß von einer auch nur annähernd "heilen Welt" selbst langfristig nicht die Rede sein könne<sup>33</sup> und künftig ein genereller Mangel an Arbeitsplätzen bestehen bleibt. Das IAB erwartet einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt insbesondere bei den Frauen frühestens im Jahr 2010, vermutlich aber sogar erst später<sup>34</sup>.

Diese düsteren Aussichten für die Bewältigung des Arbeitsmarktproblems werden verständlich, wenn man sich das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahrzehnte verdeutlicht. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums in Westdeutschland war relativ gering. Ein Wachstum von 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) führte zu einem Beschäftigungsanstieg von 0,05% im Zeitraum 1960-70, von 0,07% im Zeitraum 1971-80 und von 0,24% im Zeitraum 1981-1990<sup>35</sup>. Führt man dies rein rechnerisch für die Gegenwart fort, bedeutet das in absoluten Zahlen,

---

32 Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 3.3.1994 "Globale Krise am Arbeitsmarkt".

33 Vgl. Prognos AG (1993): Die Bundesrepublik Deutschland 2000-2005-2010. In: Marketing Journal, Heft 3, S. 231.

34 Klauder diskutiert in diesem Zusammenhang auch die ökonomischen Auswirkungen künftiger Zuwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland im Kontext unterschiedlicher Langfristszenarien. Vgl. Klauder Wolfgang (1993): Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland in Vergangenheit und Zukunft. In: MittAB, Heft 4, Jg. 26, S. 477-494..

35 Im Unterschied zu den USA ging das europäische Wirtschaftswachstum mit einem hohen Produktivitätswachstum einher. Dies brachte eine geringere Beschäftigungsintensität als in den Vereinigten Staaten (USA 1960-70: 0,5%, 1971-80: 0,71%, 1981-90: 0,76%), dafür aber relativ hohe Einkommenszuwächse für die Beschäftigten in Europa. Vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 7 vom 31.3.1994.

daß ein 1%iges BIP-Wachstum in Westdeutschland bei 28,5 Mio Erwerbstätigen und einer Beschäftigungsintensität von 0,24% einen Anstieg von (nur) 70.000 Beschäftigten zur Folge hätte. Aufgrund der hohen verdeckten Arbeitslosigkeit wird nur ein Teil der registrierten Arbeitslosen (ca. 2,6 Mio im April 1994) in die neuen Beschäftigungen einmünden. Hinzu kommt, daß die Beschäftigungsschwelle (ab der die Beschäftigung wieder zunimmt) von 1970 bis 1994 bei etwa 1,2% BIP-Wachstum lag<sup>36</sup>. Für 1994 wurde der Anstieg des westdeutschen BIP jedoch nur auf Null bzw. 1% geschätzt<sup>37</sup>. Selbst bei einem Absinken der Beschäftigungsschwelle (aufgrund des verlangsamten Wachstums) erscheint es wenig realistisch, daß sich in absehbarer Zeit das Beschäftigungsproblem quasi automatisch durch das Wirtschaftswachstum löst.

Die hohen Kosten der Massenarbeitslosigkeit - sie stiegen im Jahr 1993 in Deutschland auf 116 Milliarden DM<sup>38</sup> - können aber längerfristig nicht aufgebracht werden. Die Folgen der Massenarbeitslosigkeit in Form von Nachfrageausfall im Inland, geringeren Steuer- und Beitragseinnahmen des Staates bei gleichzeitig notwendiger Ausweitung der Ausgaben haben - wie wir teilweise bereits feststellen können - Konsequenzen für das Sozialsystem: Transferleistungen werden abgebaut, soziale Maßnahmen eingeschränkt.

In dieser Situation ist nach den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Zielen zu fragen. Welchen Stellenwert haben globale Systemziele wie z.B. Wachstum und Sicherheit gegenüber Individualzielen wie Wohlfahrt, gleiche Lebenschancen und Ähnlichem? Inwieweit ist zur Sicherung der gesamtgesellschaftlichen Ziele ein Umbau der "Institutionen" notwendig?

Diese Fragen hat auch die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch<sup>39</sup> zum Teil aufgegriffen. Sie hält es für notwendig, den Blick wieder auf die Gesamtlebensqualität der Menschen auszurichten und erklärt die Schaffung von Beschäftigung zu *der* Herausforderung von Gegenwart und Zukunft. Die gegenwärtige Rezession wird weitgehend als eine Folge des Zusammentreffens von niedrigeren Wachstumspotential und politischen

---

36 Vgl. Oppenländer, Karl Heinrich (1994): Läßt sich über wirtschaftliches Wachstum auf Dauer höhere Beschäftigung erreichen? In: IFO-Schnelldienst, Heft 12, S. 3.

37 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (1994): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1994. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 61, Nr. 16-17, S. 247 bzw. 255.

38 Vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 6 vom 11.3.1994. Die hohen Kosten führen - so das IAB - dazu, daß oft höhere Abgabensätze erzwungen werden, was wiederum einen negativen Einfluß auf die Beschäftigung ausüben kann.

39 Europäische Kommission (1994): Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung - Weißbuch, Luxemburg.

Fehlentscheidungen verstanden. Zur Lösung der Probleme sei ein stärkeres Wachstum *und* eine höhere Beschäftigungsintensität erforderlich.

Die Europäische Kommission geht davon aus, mit den Strukturen der Vergangenheit die anstehenden Probleme nicht lösen zu können. "Wenn man das Übel der derzeitigen Arbeitslosigkeit an der Wurzel packen will, läßt sich ein klarer Bruch mit der Vergangenheit nicht vermeiden"<sup>40</sup>. Sie fordert dazu auf, die Beschäftigungspolitik in der Gemeinschaft von Grund auf zu ändern und sie in den Mittelpunkt der Globalstrategie zu rücken. Die "Beschäftigungsumgebungen" seien zu verändern, um ein Funktionieren der Arbeitsmärkte zu verbessern<sup>41</sup>. In diesem Zusammenhang wird auch auf den positiven Beschäftigungseffekte von Arbeitszeitverkürzungen in Deutschland hingewiesen<sup>42</sup>.

Da der Markt aber zuweilen versage und dazu neige, das langfristig Entscheidende zu unterschätzen<sup>43</sup> (gemeint sind z.B. Umwelt- und Verteilungsprobleme) wird in der Verstärkung der aktiven Solidarität ein weiterer zentraler und notwendiger Aspekt der Erneuerung des europäischen Gesellschaftsmodells gesehen. Voraussetzung hierfür sei, daß wieder mehr Vertrauen in die Institutionen und die Funktionsfähigkeit der erforderlichen Maßnahmen (wie im Weißbuch angedeutet) gefaßt werde.

Doch wie groß sind die Chancen der Realisierung von mehr Solidarität in einem System, in dem Erwerbsarbeit, Einkommen und Vermögen die wesentlichen Erfolgskriterien darstellen, an die gesellschaftliche Anerkennung, Teilhabe und Sicherheit gebunden sind? Letztendlich werden damit auch im Wohlfahrtsstaat der Moderne Fragen wieder aktuell, - um es mit Warnfried Dettling zu sagen - "die nicht erst Karl Marx aufgeworfen hat, die schon Aristoteles, Augustinus, Thomas von Aquin gestellt haben: Wie sind Gerechtigkeit und Solidarität in einem Gemeinwesen möglich, und was wird aus einem

---

40 Europäische Kommission (1994), S. 57.

41 Dazu gehört z.B. die Umgestaltung der Institutionen und Regulierungen des Arbeitsmarktes, steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Anreize für mehr Beschäftigung genauso wie die betriebsinterne Organisation der Arbeit, was in der Konkretisierung sicherlich noch weiterer Diskussion bedarf.

42 Europäische Kommission (1994), S. 154. In der Vergangenheit war in Deutschland bislang eine tendenzielle Abnahme des (Erwerbs-) Arbeitsvolumens in Westdeutschland zu verzeichnen. Der Anstieg des westdeutschen Arbeitsvolumens im Verlauf der deutschen Vereinigung ist vor dem Hintergrund des weit stärker reduzierten Arbeitsvolumens in Ostdeutschland zu sehen. Vgl. hierzu auch: Kurz-Scherf, Ingrid (1994): Arbeit für alle?! - Plädoyer für eine andere Arbeitsgesellschaft. In: Dettling, Warnfried (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München: Knauer, S. 157.

43 Europäische Kommission (1994), S. 16.

Staat, wenn sie keinen Platz haben?"<sup>44</sup>. Selbst der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrates Olaf Sievert gesteht: "Das Marktsystem ... kommt mit Menschen aus, die Egoisten sind, das Gemeinwesen nicht. Aber ohne funktionsfähiges Gemeinwesen kann auch das Marktsystem nicht bestehen"<sup>45</sup>.

Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik muß die Solidarität der Geschlechter zentral in die Diskussion miteinbeziehen<sup>46</sup>. Lange geriet aus dem Fokus der erwerbsorientierten Industriegesellschaft, daß Frauen das Gemeinwesen mit ihrem erheblichen Verzicht auf gesellschaftlichen Einfluß, Macht und Anerkennung zugunsten gesellschaftlich wichtiger, aber unbezahlter und im Vergleich zur Erwerbsarbeit weniger anerkannter Arbeit gestützt haben. Dieser Status quo wird und kann von den Frauen nicht mehr getragen werden. Selbst andauernde überproportionale Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat bislang nicht dazu geführt, daß die Frauen sich dort in großem Umfang vom Arbeitsmarkt und in die Familie zurückziehen. Erwerbsarbeit gehört zum Alltag der Frauen, auf das Erwerbseinkommen kann im Haushalt zumeist nicht verzichtet werden. Auch für Westdeutschland ist ein massiver Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt bislang nicht zu verzeichnen und für die Zukunft vor dem Hintergrund der Erwerbswünsche (und -notwendigkeiten) auch nur in geringerem Umfang als in der Vergangenheit zu erwarten. Wer an dieser Stelle - wir zitieren Ulrich Beck - "die 'gute alte Solidarität' wiederherstellen will, muß das Rad der Modernisierung zurückdrehen, das heißt: nicht nur versteckt - z.B. durch Mutterschaftsgeld oder Imagepflege der Hausarbeit - die Frauen aus dem Arbeitsmarkt verdrängen, sondern offen; und zwar nicht allein aus dem Arbeitsmarkt, auch aus der Bildung. Das Lohngefälle wäre zu verschärfen, letztlich wäre auch die gesetzliche Gleichstellung rückgängig zu machen. Es wäre zu prüfen, ob das Unheil nicht schon beim allgemeinen Wahlrecht angefangen hat"<sup>47</sup>.

---

44 Dettling, Warnfried (1994): Jenseits vom Sozialismus, Kapitalismus und Nihilismus. Wieviel Moral braucht eine Gesellschaft - und woher soll sie kommen?. In: Dettling, Warnfried (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München; S. 366.

45 Prof.Dr. Olaf Sievert, Präsident der Landeszentralbank im Freistaat Sachsen und in Thüringen, anläßlich der Konferenz "Ethik und Markt" der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh am 22./23. Februar 1994.

46 Im Weißbuch der Europäischen Kommission liegt der erforderlichen Erneuerung eines europäischen Gesellschaftsmodells eine weniger passive und stärker aktive Solidarität zugrunde. Ausdrücklich wird die Solidarität der Geschlechter genannt. Vgl. Europäische Kommission (1994), S. 17.

47 Beck, Ulrich (1994): Vom Verschwinden der Solidarität, Individualisierung der Gesellschaft heißt Verschärfung sozialer Ungleichheit. In: Dettling, Warnfried (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München; S. 32.

Vermutlich kann eine weitgehende Einigung darüber erzielt werden, daß das Rad der Modernisierung nicht mehr zurückgedreht werden kann und sollte. Damit muß aber auch eingestanden werden, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu aufzuteilen ist. Was bleibt aber dann anderes übrig, als daß Männer einen Teil - ihren Teil - der nichtbezahlten Arbeit übernehmen, der bislang von den Frauen mit erledigt wurde?

Vor diesem Hintergrund gerät die Beschäftigung mit dem Thema Frauenerwerbstätigkeit in ein anderes Licht. So könnten die am Gemeinwesen orientierten, auf die Vereinbarung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ausgerichteten Beschäftigungsformen der Frauen durchaus offensiv als Zukunftsmodell für eine solidarische Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben dienen. Eine Voraussetzung für den Verzicht auf Erwerbsarbeitszeit (gesellschaftliche Anerkennung und Einkommen) wäre allerdings, daß hierdurch nicht wie bislang gerade jene benachteiligt werden, die ihre Erwerbsarbeit zugunsten nichtbezahlter gesellschaftlicher Arbeit reduzieren<sup>48</sup>. Was bietet sich vor dem Hintergrund der geschilderten Situation und der Beschäftigungsprobleme im Erwerbsbereich mehr an, als eine umfangreiche Verkürzung der Erwerbsarbeit insbesondere für Männer zu ermöglichen und damit die Voraussetzungen für ein hohes Maß an Flexibilität und Solidarität in besonderen Lebenslagen zu schaffen? Dabei kann die ökonomische Effizienz durch eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeit und Betriebszeiten gesichert bleiben.

Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit ist eine notwendige - wenn auch nicht hinreichende - Voraussetzung für mehr Solidarität zwischen den Geschlechtern. Generelle, flexibel gehandhabte Arbeitszeitverkürzungen führen sicherlich - solange Wert und Erfolg des Menschen vor allem durch die gelungene Erwerbskarriere bestimmt wird - nicht automatisch in eine bessere, am Gemeinwesen orientiertere Welt. Nicht nur der Arbeitsbegriff muß deshalb neu gefüllt werden, es sind auch Anreizsysteme für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten zu schaffen<sup>49</sup>. Eine ganz wesentliche Voraussetzung hierfür ist das Aufbrechen des sogenannten Normalarbeits-Verhältnisses, also die Ablösung von der starren Orientierung an einer lebenslang ununterbrochene Vollzeit-Erwerbsarbeit als Bedingung für ein erfolgreiches (Erwerbs)-Leben<sup>50</sup>. Dieses starre Konzept verschärft das Verteilungsproblem, es steht zunehmend im Widerspruch zu gesell-

---

48 Hier wäre an die seit einigen Jahren geforderte "Aufwertung" der Ressource Zeit gegenüber Geld konzeptionell anzuknüpfen. Vgl. Offe, Claus und Heinze, Rolf G. (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring, Frankfurt/M./New York: Campus.

49 Vgl. z.B. Offe, Claus (1994): Prämien für Aussteiger. In: Die Zeit Nr. 11, S. 28.

50 Vgl. hierzu auch Seifert, Hartmut (Hrsg.) (1993): Jenseits der Normalarbeitszeit, Köln, Bund.

schaftlichen Notwendigkeiten, im Widerspruch zum Wertewandel und den Beschäftigungsproblemen in modernen Gesellschaften.

Die Indikatoren des SOEP im Bereich Frauenerwerbstätigkeit sind *ein* Beleg für diese Widersprüchlichkeit.

Anhang: Abbildungen, Tabellen und Übersichten

Abbildung 1:

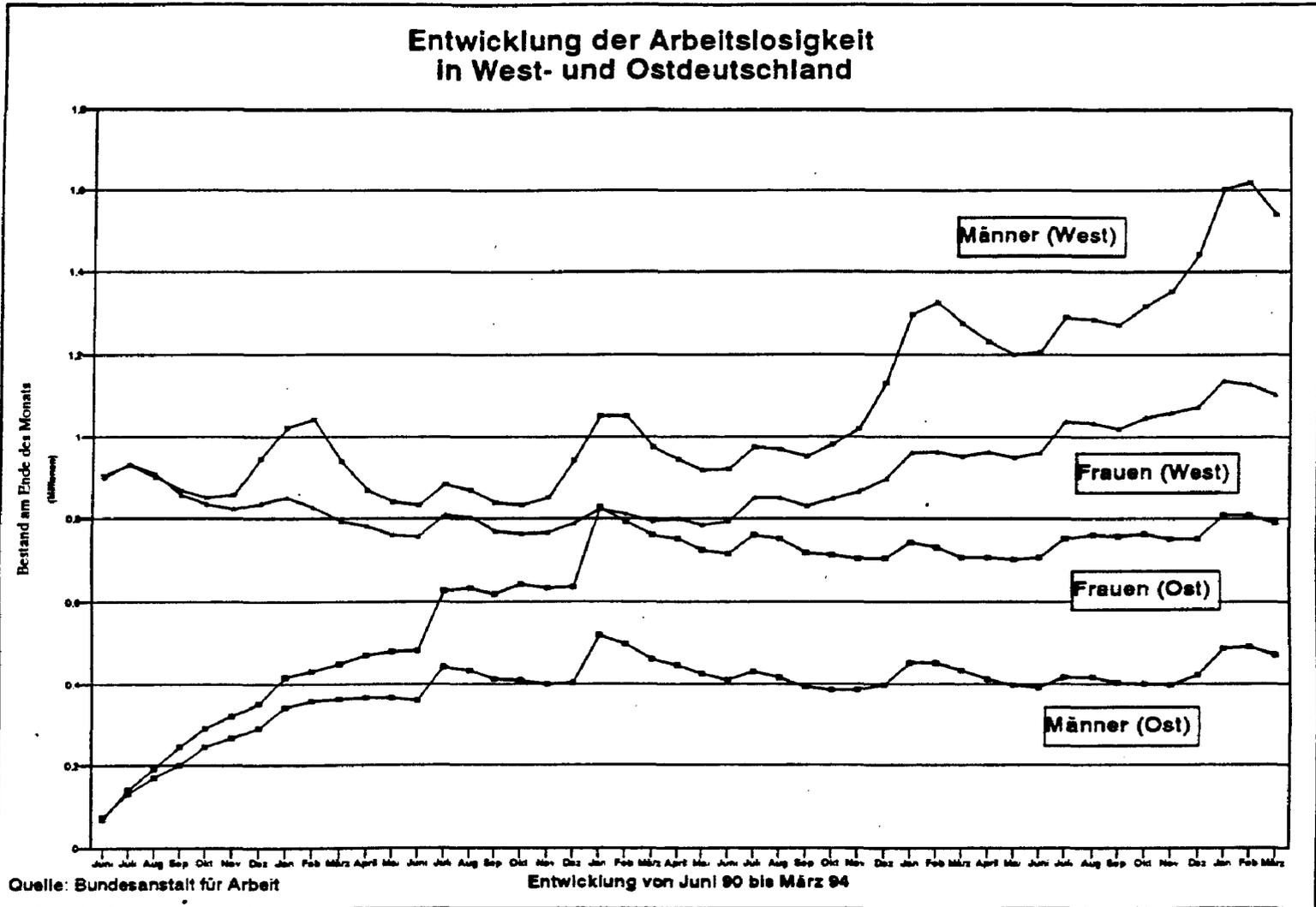
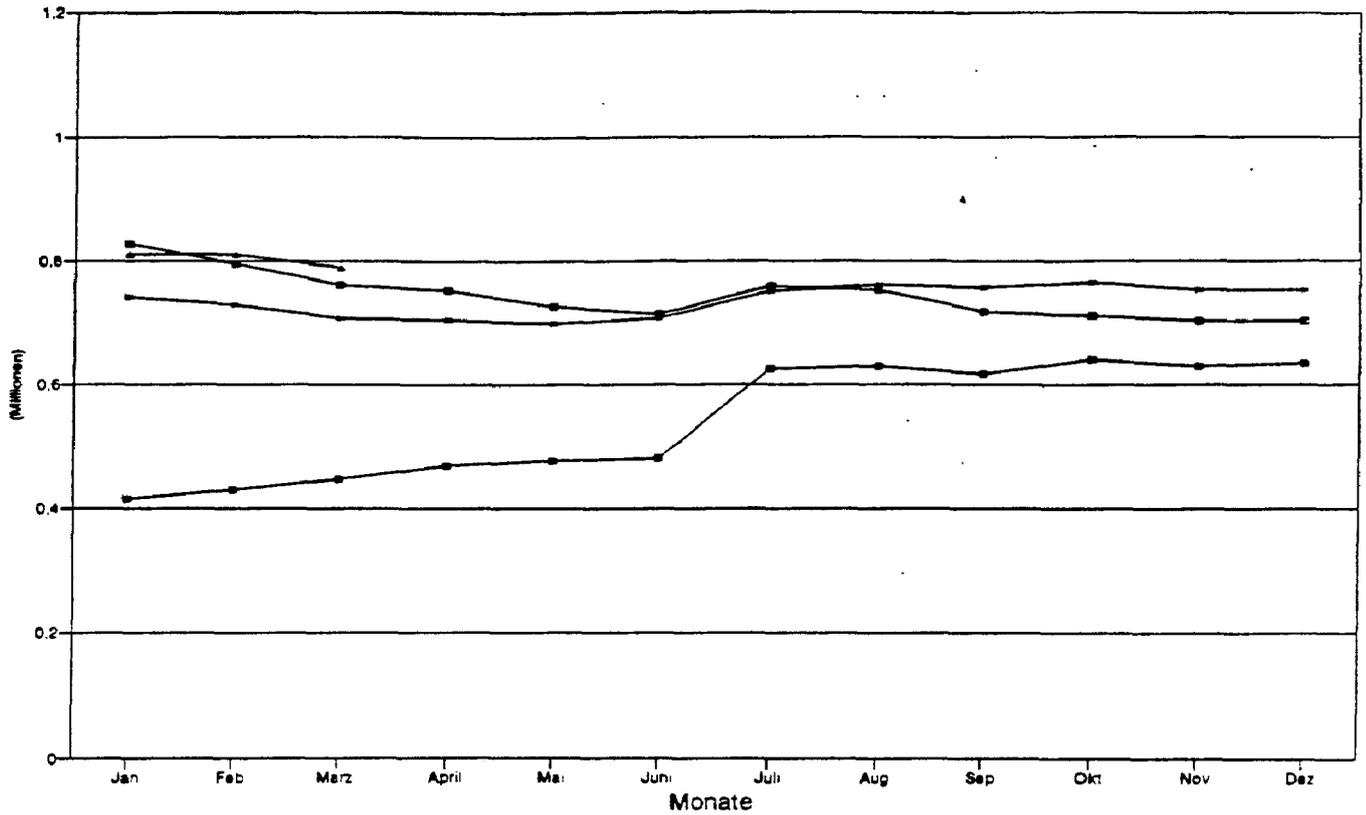


Abbildung 2:

### Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen in Ostdeutschland



### Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern in Ostdeutschland

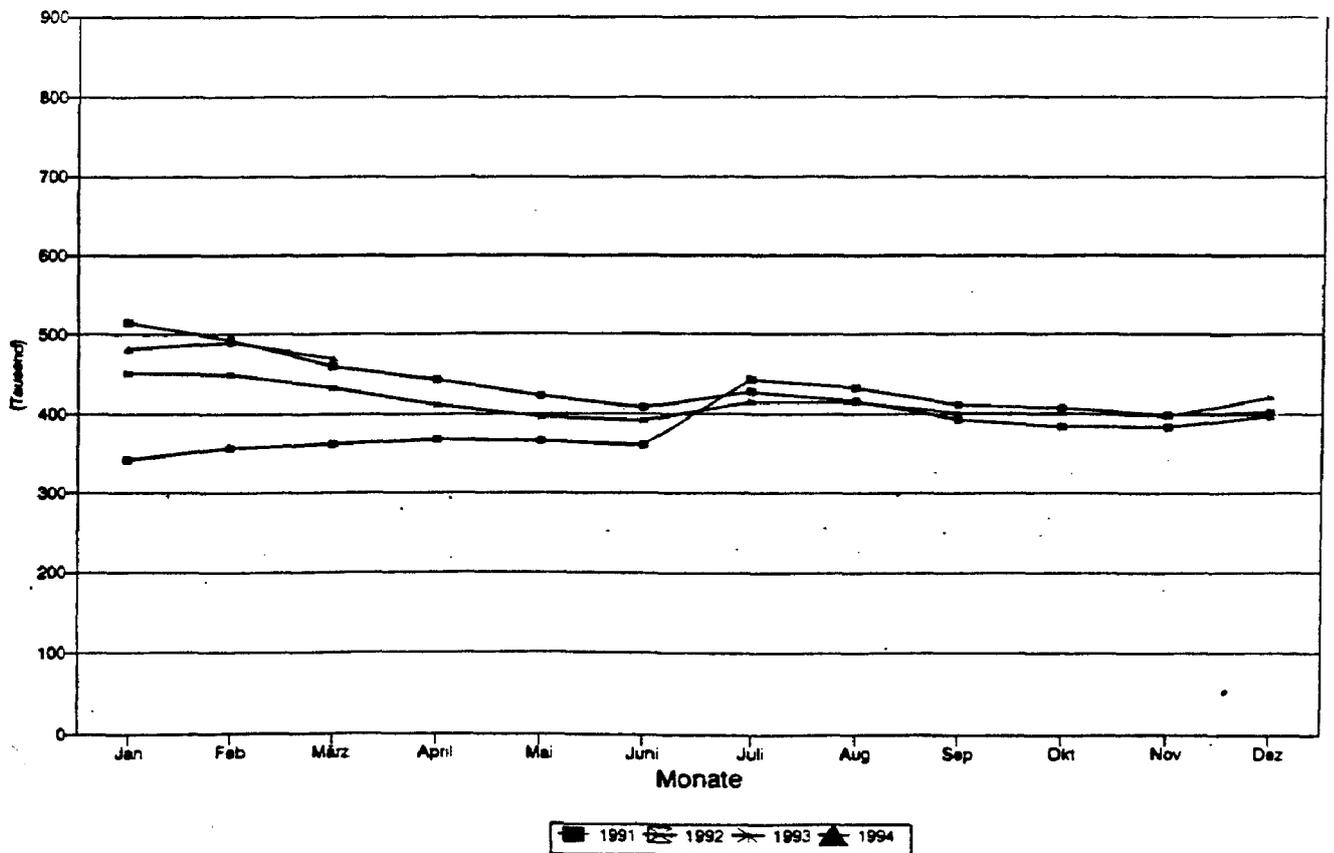
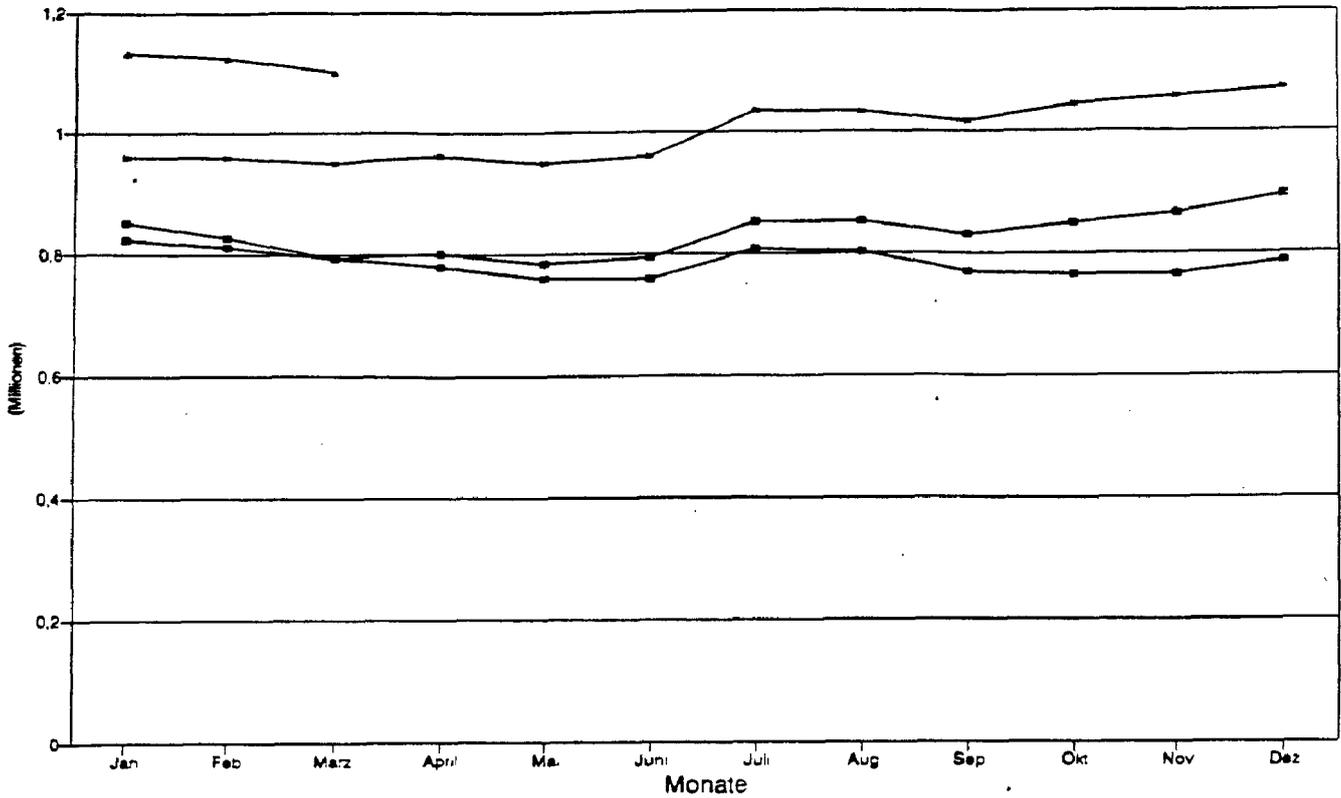


Abbildung 3:

### Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen in Westdeutschland



### Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern in Westdeutschland

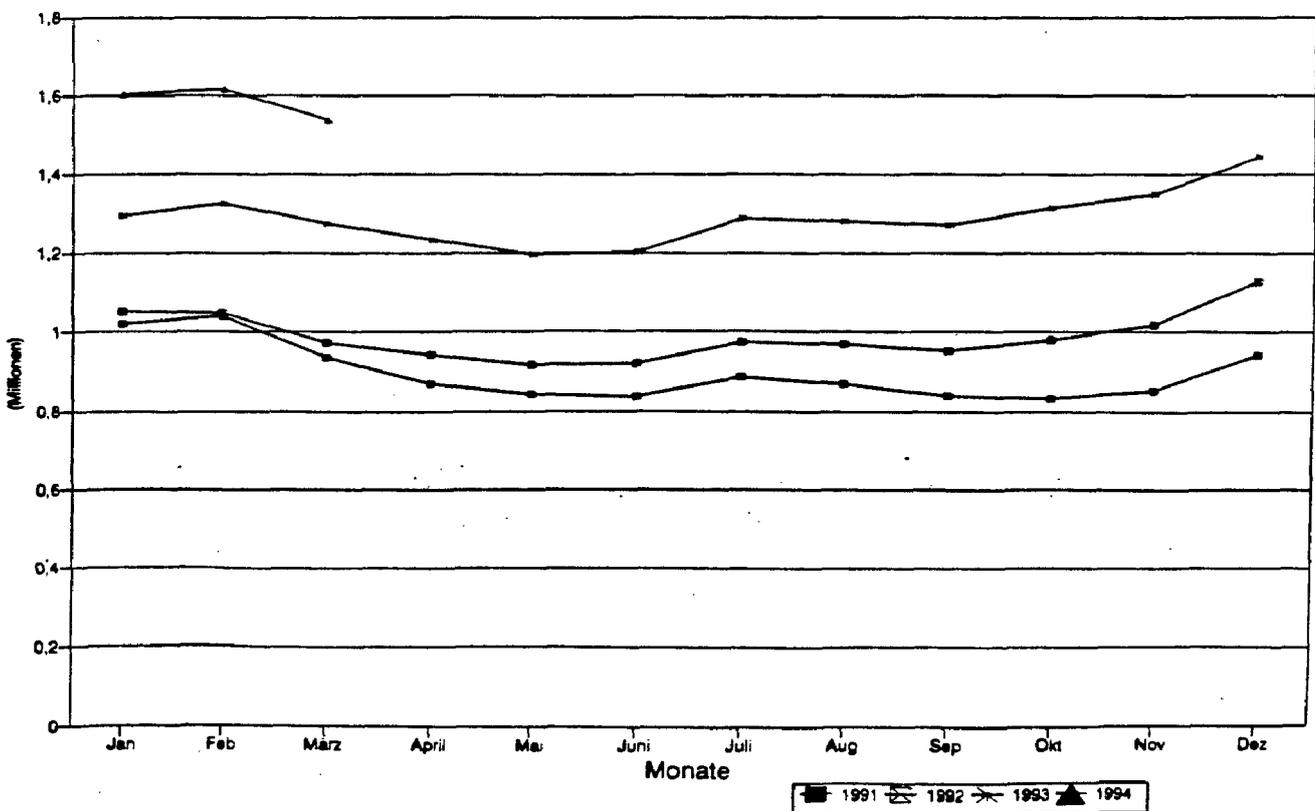


Tabelle 1:

Dynamik am ostdeutschen Arbeitsmarkt und geschlechtsspezifische Betroffenheiten -  
- Vergleich dreier Jahres-Längsschnittbetrachtungen(1) -

	Ostdeutschland						Westdeutschland	
	Periode I		Periode II		Periode III		Periode III	
	Juni 1990 bis März/April 1991		März/April 1991 bis März/April 1992		März/April 1992 bis März/April 1993		März/April 1992 bis März/April 1993	
	Männer Insg.	Frauen Insg.	Männer Insg.	Frauen Insg.	Männer Insg.	Frauen Insg.	Männer Insg.	Frauen Insg.
Fallzahlen	1797	1754	1665	1668	1665	1668	1665	1668
Hochgerechnet in 1.000	5009	4914	4608	4598	4119	4363	18700	18591
			- in % -		- in % -		- in % -	
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Am Anfang und/oder Ende der jeweils betrachteten Zeitperiode erwerbstätig	92,9	84,5	87,9	76,4	84,9	71,1	86,8	63,4
Durchgängig erwerbstätig	75,8	64,4	66,8	55,4	63,7	50,8	77,3	55,3
- ohne Änderung	56,9	48,7	46,9	39,5	48,9	40,5	68,1	46,9
- mit Änderung	18,9	15,7	19,9	15,9	14,8	10,3	9,2	8,4
Zugang in Erwerbstätigkeit	2,1	5,0	3,5	5,6	6,7	8,8	3,9	3,7
- in betr. Ausbildung/Lehre	1,1	0,8	0,1	0,5	1,1	1,8	1,0	1,3
- sonstige	1,0	4,2	3,4	5,1	5,6	7,0	2,9	2,4
Westpendler	5,5	1,1	6,3	1,5	5,8	2,6	1,1	0,1
Abgang aus Erwerbstätigkeit	9,5	14,0	11,3	13,9	8,7	8,9	4,5	4,3
- in (Weiter-)Bildungsmaßnahme	0,4	0,5	0,5	1,0	0,9	0,9	0,7	0,6
- in Mütterjahr/Elternurlaub	0,0	2,4	0,0	0,5	0,0	0,9	0,0	1,8
- in Arbeitslosigkeit	6,3	8,8	7,8	11,4	6,3	7,4	3,2	1,5
- sonstige Nichterwerbstätigkeit	3,2	5,2	3,5	2,5	2,4	1,5	1,3	2,8
Nichterwerbstätig	5,8	14,3	10,3	21,8	14,2	27,9	13,0	36,5
- mit phasenweiser Erwerbstätigkeit	1,1	3,3	1,5	3,5	1,3	1,6	1,2	1,1
- in Arbeitslosigkeit	0,6	1,2	0,9	2,5	1,1	1,3	0,5	0,4
- sonstige	0,5	2,1	0,6	1,0	0,2	0,3	0,7	0,7
- konstant Nichterwerbstätig	4,7	11,0	8,8	18,3	12,9	26,3	11,8	35,4
- nichterwerbstätig, aber in Bildungsmaßnahme	1,8	1,6	1,8	1,8	1,7	1,9	4,4	3,7
- dauerarbeitslos	0,0	0,0	2,6	4,6	4,1	9,2	1,8	1,2
- Wechsel Nichterwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit	0,5	1,2	0,3	1,4	0,6	1,5	0,6	0,5
- sonstige (einschl. Nur-Hausfrau/-mann)	2,4	8,2	4,3	10,5	6,5	13,7	5,0	30,0
Umzug nach Westdeutschland/West-Berlin	1,3	1,2	1,8	1,8	0,9	1,0	0,2	0,1

(1) im Alter 16-59 Jahre

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, (Ost) 1990-1993; (West) 1992-1993.

Abbildung 4:

**Altersstruktur der sonstigen Nicht-  
erwerbstätigen im Längsschnitt 1992/93**

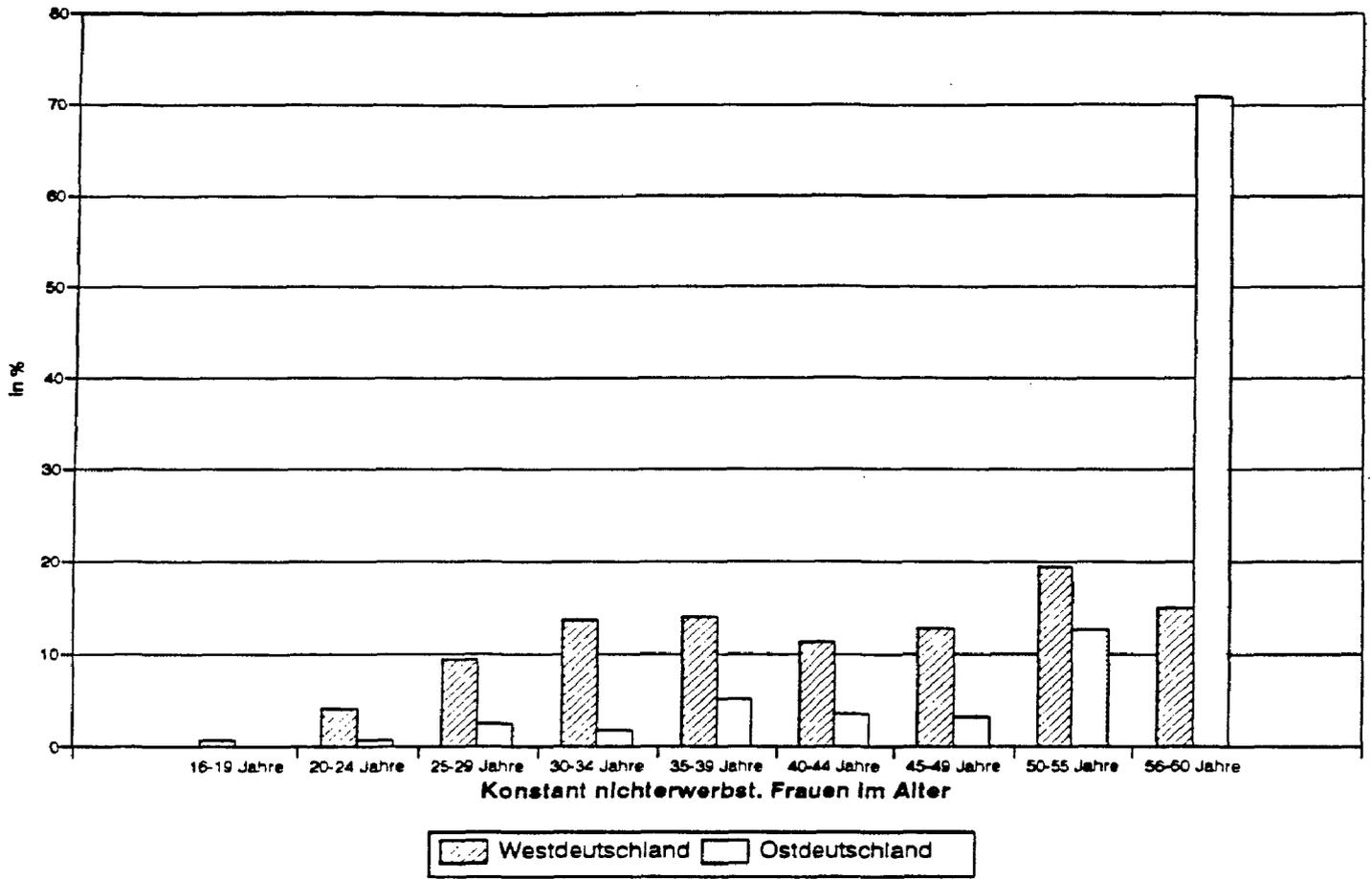


Tabelle 2:

**Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Paarhaushalten(1)**

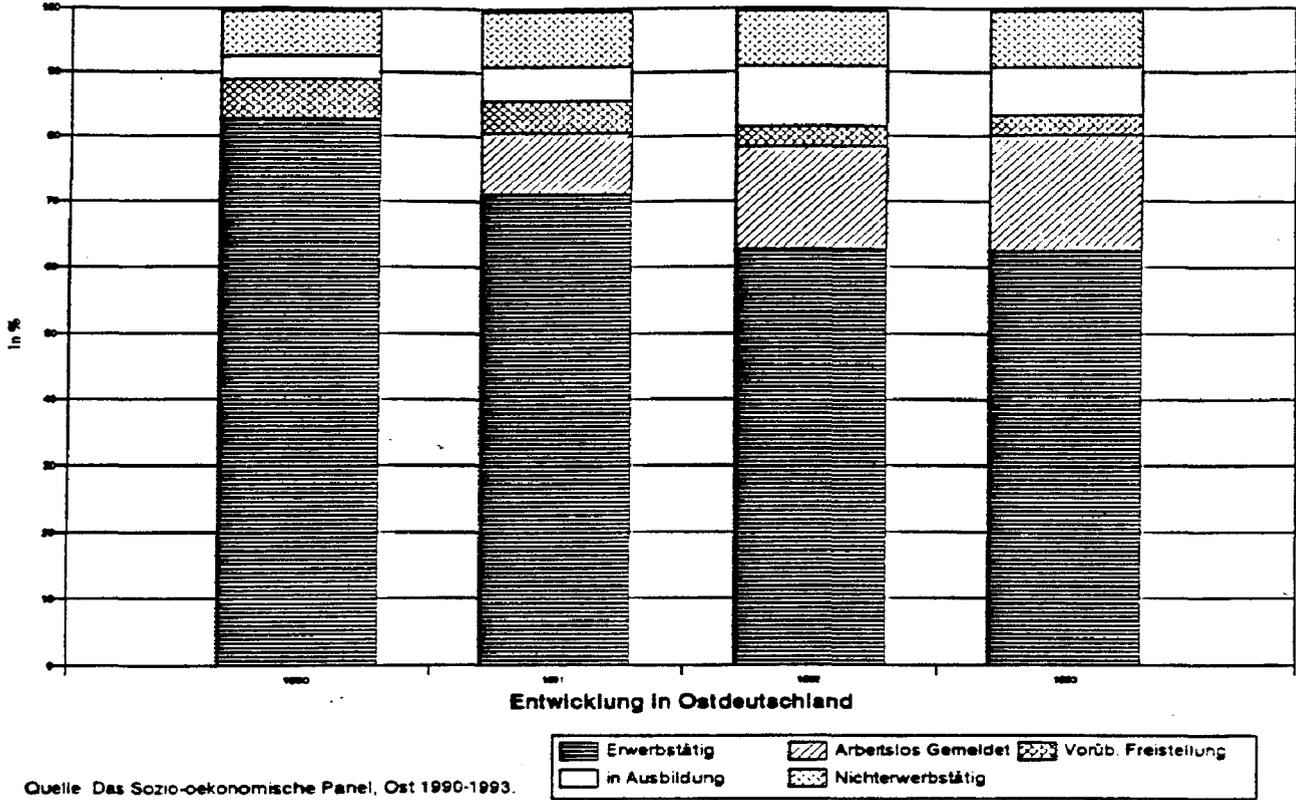
Von allen Paarhaushalten waren	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beide Erwerbstätig	82,5	69,4	57,8	59,1	49,8	53,0	52,5	52,0
darunter:								
- Partnerin in Vollzeit	60,2	56,2	47,3	46,2	21,2	20,9	21,4	22,0
- Partnerin in Teilzeit	22,3	13,2	10,5	12,9	28,6	32,1	31,1	30,0
Nur Mann erwerbstätig	14,0	20,9	26,3	23,6	43,1	40,8	40,8	39,9
darunter:								
- Partnerin Arbeitslos				15,2				1,7
Mann nichterwerbstätig	3,5	9,7	15,9	17,3	7,1	6,2	6,7	8,1
darunter:								
- Partnerin in Vollzeit	1,5	4,8	6,6	8,1	2,3	2,8	3,2	2,8
- Partnerin in Teilzeit	0,7	1,3	0,9	1,0	2,0	1,0	1,1	2,4
- Partnerin auch nichterwerbstätig	1,3	3,6	8,4	8,2	2,8	2,4	2,4	2,9
darunter: Arbeitslos gemeldet				4,4				0,2

(1) Im Alter von 16 bis 59 Jahre.

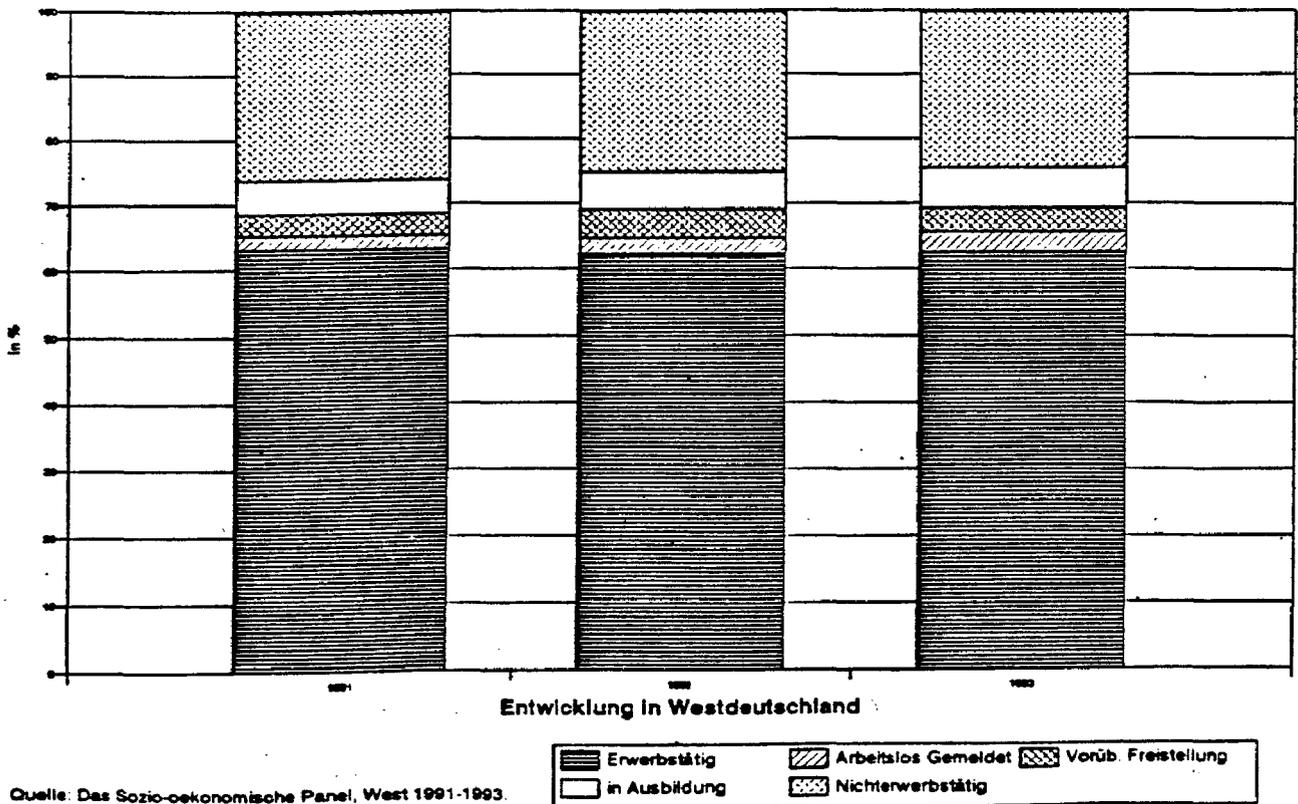
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, 1990-1993.

Abbildung 5:

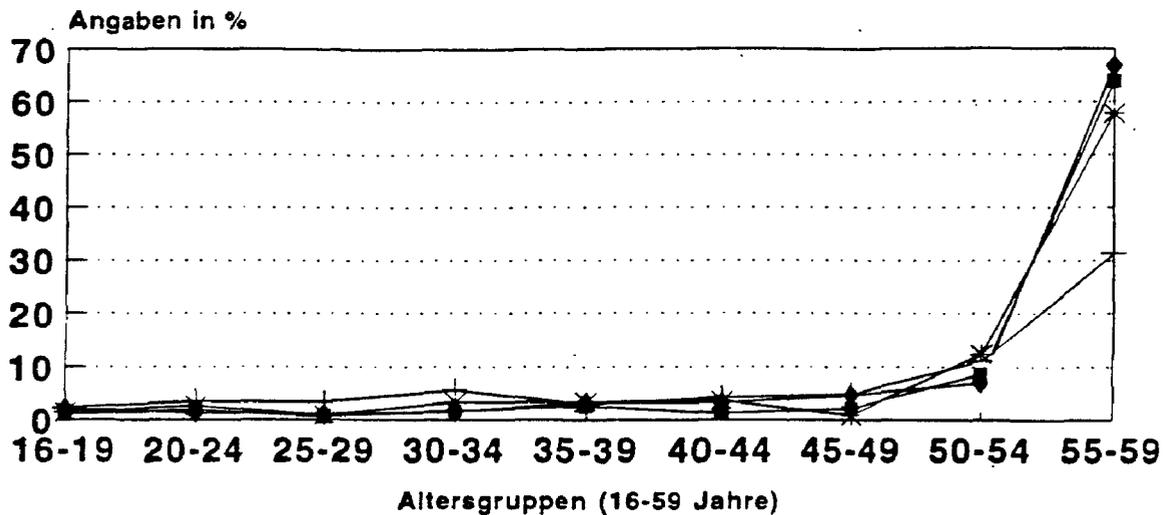
**Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahre  
- Entwicklung der Erwerbsbeteiligung -**



**Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahre  
- Entwicklung der Erwerbsbeteiligung -**



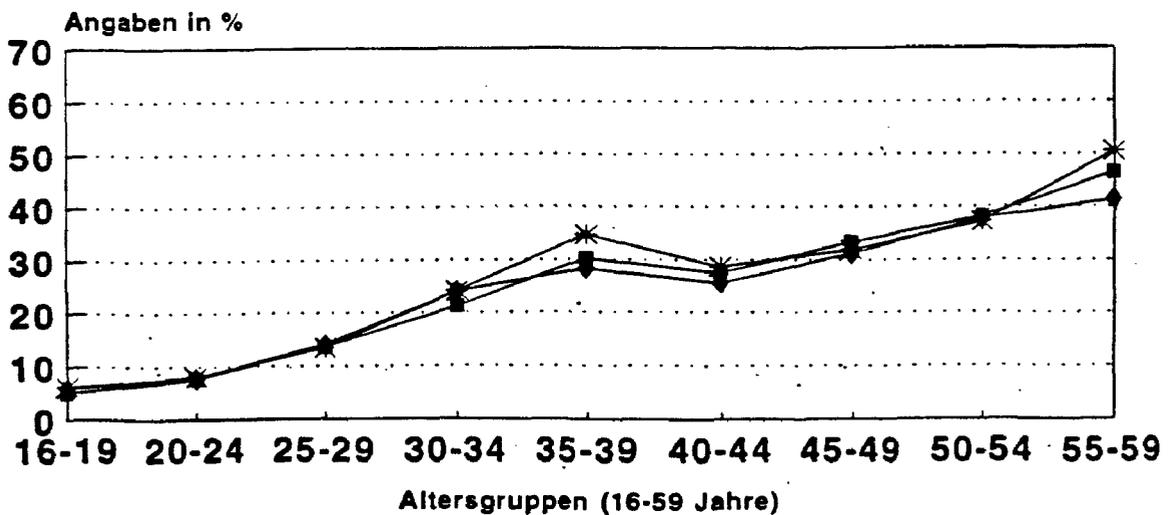
**Abbildung 6: Altersspezifische Nichterwerbstätigkeit  
- Frauen im erwerbsfähigen Alter  
in Ostdeutschland -**



(1) März/April (2) Juni  
 + 1990 (2) \* 1991 (1) ■ 1992 (1) ◆ 1993 (1)

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel  
 1990/91/92/93 (Ost).

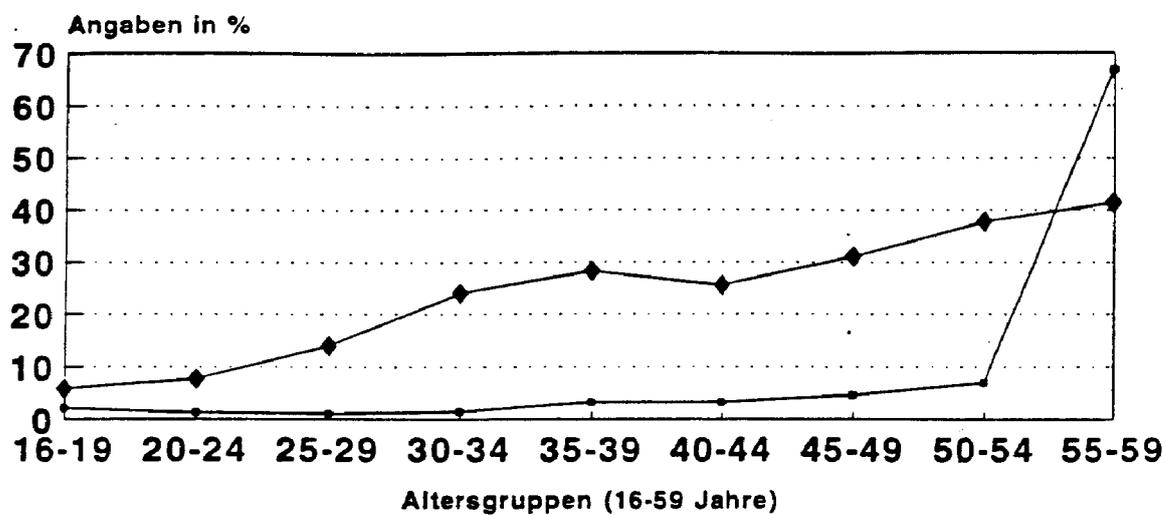
**Abbildung 7: Altersspezifische Nichterwerbstätigkeit  
- Frauen im erwerbsfähigen Alter  
in Westdeutschland -**



im März/April  
 \* 1991 ■ 1992 ◆ 1993

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel  
 1990/91/92/93 (West).

**Abbildung 8: Altersspezifische Nichterwerbstätigkeit 1993**  
**- Frauen im erwerbsfähigen Alter**  
**in Ost und Westdeutschland -**



im März/April  
—■— 1993 (Ost) —◆— 1993 (West)

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel  
1993 (West und Ost).

Tabelle 3:

**Zukunftsperspektiven: Gewünschte Aufnahme einer Erwerbstätigkeit  
Nichtbeschäftigter(1)**

Von allen Nichtbeschäftigten(2) wollen erwerbstätig werden (in %)	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
			Frauen				Frauen	
Hochgerechnet in 1000	640	911	1240	1267	5618	5538	5745	5758
- sofort/innerhalb 12 Monate	61,5	64,9	75,2	73,3	19,8	18,9	23,6	20,2
- später	24,3	23,9	16,5	16,8	34,9	37,3	35,5	42,1
- gar nicht	14,2	11,3	8,3	9,9	45,2	43,8	40,9	37,7
nachrichtlich:								
Anteil Nichterwerbstätiger insg.	15,5	23,8	31,9	31,2	37,1	36,3	36,7	36,5
			Männer				Männer	
Hochgerechnet in 1000	297	521	652	726	2315	2203	2411	2514
- sofort/innerhalb 12 Monate	66,6	75,0	74,7	73,6	42,3	42,8	41,9	49,1
- später	23,5	17,5	18,1	17,5	41,6	39,7	37,5	30,0
- gar nicht	9,9	7,4	7,2	8,9	16,1	17,5	20,7	20,9
nachrichtlich:								
Anteil Nichterwerbstätiger insg.	7,3	12,9	17,2	18,2	14,4	14,7	15,3	16,3

(1) Einschl. arbeitslos Gemeldeter und Personen im Erziehungsurlaub.

(2) im Alter von 16-55 Jahre.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittdatensätze 1990-1993 Ostdeutschland.

Tabelle 4:

**Nichterwerbstätige aus der Längsschnittperspektive  
- Wunsch nach Aufnahme einer (erneuten) Erwerbsarbeit**

	Ostdeutschland			Westdeutschland
	Periode I Im April 1991	Periode II Im April 1992	Periode III Im April 1993	Periode III Im April 1993
Hochgerechnet in 1.000	1318	1614	1603	6953
Von allen Nichterwerbstätigen (1) der jeweiligen Periode haben den Wunsch sofort oder im nächsten Jahr eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (in %)				
Alle Nichterwerbstätigen	48,9	59,9	53,3	18,2
Abgang aus Erwerbstätigkeit	54,3	74,0	73,9	35,9
- in (Weiter-)Bildungsmaßnahme	36,5	40,0	44,1	17,6
- in Mütterjahr/Elternurlaub	53,3	58,2	74,1	28,3
- in Arbeitslosigkeit	77,3	85,7	87,6	75,9
- sonstige Nichterwerbstätigkeit	17,9	27,4	21,8	21,9
Nichterwerbstätig	39,4	59,0	44,6	14,5
- mit phasenweiser Erwerbstätigkeit	63,8	80,5	86,0	27,3
- in Arbeitslosigkeit	87,0	93,3	90,0	62,5
- sonstige	51,0	49,0	50,0	15,1
- konstant Nichterwerbstätig	28,1	41,6	41,8	13,7
- nichterwerbstätig, aber in Bildungsmaßnahme	36,3	43,3	57,1	22,3
- dauerarbeitslos	-	78,6	79,1	58,6
- Wechsel Nichterwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit	63,7	82,1	51,9	63,7
- sonstige	17,9	15,8	9,2	9,2

(1) im Alter 16-59 Jahre

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, (Ost) 1990-1993, (West) 1992-1993.

Tabelle 5:

**Realisierung von Erwerbsabsichten aus der Längsschnittperspektive**

- Nichterwerbstätige mit Wunsch sofort oder innerhalb des nächsten Jahres erwerbstätig zu werden nach Erwerbsstatus 1 Jahr später -

Nichterwerbstätige(1)	Erwerbsstatus in Folgeperiode - 1 Jahr danach									
	Männer					Frauen				
	Insgesamt In 1000	Insgesamt -%	Status Erwerbstätig	Folgeperiode Nicht- erwerbstätig	darunter: weder Arbeitlos, noch in Bildung oder Erziehungsurlaub	Insgesamt In 1000	Insgesamt -%	Status Erwerbstätig	Folgeperiode Nicht- erwerbstätig	darunter: weder Arbeitlos, noch in Bildung oder Erziehungsurlaub
<b>Westdeutschland</b>										
Nichterwerbstätige insg. 1990	978	100,0	80,1	36,9	3,3	1136	100,0	51,1	48,9	27,8
Nichterwerbstätige insg. 1991	944	100,0	80,6	49,4	9,6	1041	100,0	35,2	64,8	35,7
Nichterwerbstätige insg. 1992	955	100,0	80,0	60,0	7,9	1315	100,0	44,6	55,4	30,6
<b>Ostdeutschland</b>										
Nichterwerbstätige insg. 1990	185	100,0	48,8	64,2	1,8	377	100,0	51,9	48,1	8,6
Nichterwerbstätige insg. 1991	372	100,0	57,4	42,6	8,5	620	100,0	41,7	58,3	5,1
Nichterwerbstätige insg. 1992	484	100,0	61,8	36,2	8,5	838	100,0	42,9	57,1	8,9

(1) im Alter 16-55 Jahre

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, 1990-1993.

**Tabelle 6:**

**Anteil Arbeitsloser und Erwartung eines Arbeitsplatzverlustes  
nach Altersgruppen**

Anteil der Altersgruppe in %	Insgesamt				16 bis 34 Jahre				35 bis 49 Jahre				50 bis 59 Jahre			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
<b>Ostdeutschland</b>																
Frauen																
Arbeitslos gemeldet	0,0	11,3	19,9	20,3	0,0	12,2	18,6	18,1	0,0	9,5	19,9	20,3	0,0	12,0	22,0	24,5
Arbeitsplatzverlust sicher	6,3	11,0	6,4	4,9	4,9	10,1	4,9	5,1	6,4	13,3	7,6	4,9	8,9	9,6	7,3	4,6
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	34,1	26,1	14,9	11,4	30,9	24,1	13,9	10,8	39,1	29,8	17,7	11,4	33,6	24,8	13,3	10,5
Ganz sicher nicht	9,4	5,6	9,1	9,7	7,4	5,9	10,6	11,1	11,9	7,0	9,9	9,7	9,7	3,5	5,8	5,3
Summe Erwerbstätiger	82,7	70,8	62,0	61,8	74,5	66,0	60,2	62,8	95,4	87,4	77,2	71,5	81,3	58,2	47,0	44,9
Männer																
Arbeitslos gemeldet	0,0	7,3	12,3	11,9	0,0	7,6	12,4	8,5	0,0	5,2	9,4	11,9	0,0	9,5	15,5	19,0
Arbeitsplatzverlust sicher	4,9	9,5	6,5	4,3	4,3	8,5	6,0	3,0	5,1	10,7	5,1	4,3	6,1	9,7	9,1	6,3
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	32,5	25,5	13,0	9,8	30,3	21,0	11,0	8,4	31,7	26,5	13,9	9,8	38,1	32,7	15,4	12,1
Ganz sicher nicht	13,2	8,9	13,3	16,6	12,5	10,6	14,2	20,4	14,2	9,8	16,0	16,6	13,4	4,4	8,2	8,0
Summe Erwerbstätiger	91,9	84,7	77,8	76,7	87,9	80,4	76,8	77,2	97,9	93,4	87,7	85,5	92,4	81,1	66,8	62,2
<b>Westdeutschland</b>																
Frauen																
Arbeitslos gemeldet		2,4		3,5		3,1		4,3		1,5		1,7		2,5		4,5
Arbeitsplatzverlust sicher		0,7		0,7		1,0		0,9		0,6		0,8		0,4		0,5
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich		1,8		3,5		2,1		2,7		2,2		4,1		0,7		4,1
Ganz sicher nicht		32,7		30,7		30,2		27,4		34,2		32,5		34,9		33,8
Summe Erwerbstätiger		62,0		61,7		64,6		61,4		64,5		66,8		54,0		54,8
Männer																
Arbeitslos gemeldet		3,2		5,9		3,0		5,4		3,4		6,0		3,1		6,4
Arbeitsplatzverlust sicher		1,3		2,3		2,3		2,6		0,5		2,2		0,7		2,0
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich		2,1		4,1		2,0		4,0		2,8		4,9		1,3		3,2
Ganz sicher nicht		45,8		37,6		39,1		30,8		51,4		41,0		51,4		45,2
Summe Erwerbstätiger		84,8		82,7		76,6		74,7		95,3		91,8		86,7		84,2

(1) Im Alter von 16 bis 59 Jahre

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittdatensätze 1990-1993 Ostdeutschland.

**Tabelle 7:**

Erwarteter Arbeitsplatzverlust und nach einem Jahr tatsächlich eingetretene berufliche Veränderungen für Männer und Frauen in Ostdeutschland

	Folgeperiode - 1 Jahr danach							
	Männer (1)				Frauen (1)			
	Insgesamt		Tatsächliche Veränderung im nächsten Jahr		Insgesamt		Tatsächliche Veränderung im nächsten Jahr	
	keine berufl. Veränderung	mit berufl. Veränderung	Abgang aus Erw.		keine berufl. Veränderung	mit berufl. Veränderung	Abgang aus Erw.	
Juni 1990	in % (Spalte)	- in % (Zeile) -		in % (Spalte)	- in % (Zeile) -			
Erwerbstätige insgesamt	100,0	47,3	43,2	9,5	100,0	44,9	34,5	20,5
Erwerbstätige und deren Erwartung, den Arbeitsplatz zu verlieren								
- ganz sicher nicht	14,3	62,0	32,4	5,6	11,0	58,5	22,9	18,6
- eher unwahrscheinlich	45,9	54,1	40,0	5,9	39,5	59,4	29,7	11,0
- wahrscheinlich	33,7	37,6	50,3	12,1	41,5	35,6	40,9	23,5
- ganz sicher	6,0	14,3	54,0	31,7	7,9	12,3	46,0	41,7
Cramer's V								
- für 1990/1991	0,206				0,226			
- für 1991/1992	0,229				0,277			
- für 1992/1993	0,219				0,237			

(1) im Alter 16-59 Jahre

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, (Ost) 1990-1993

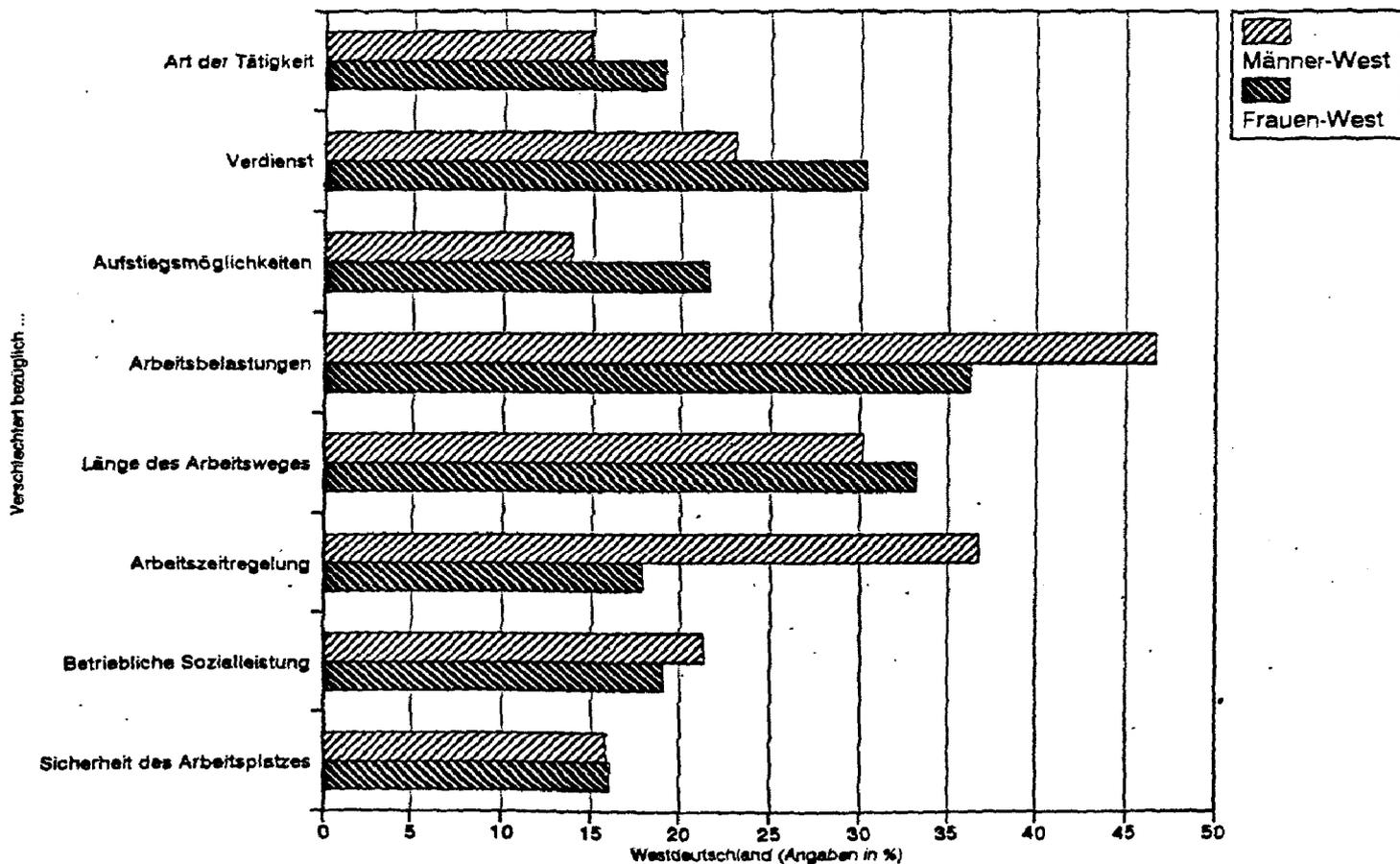
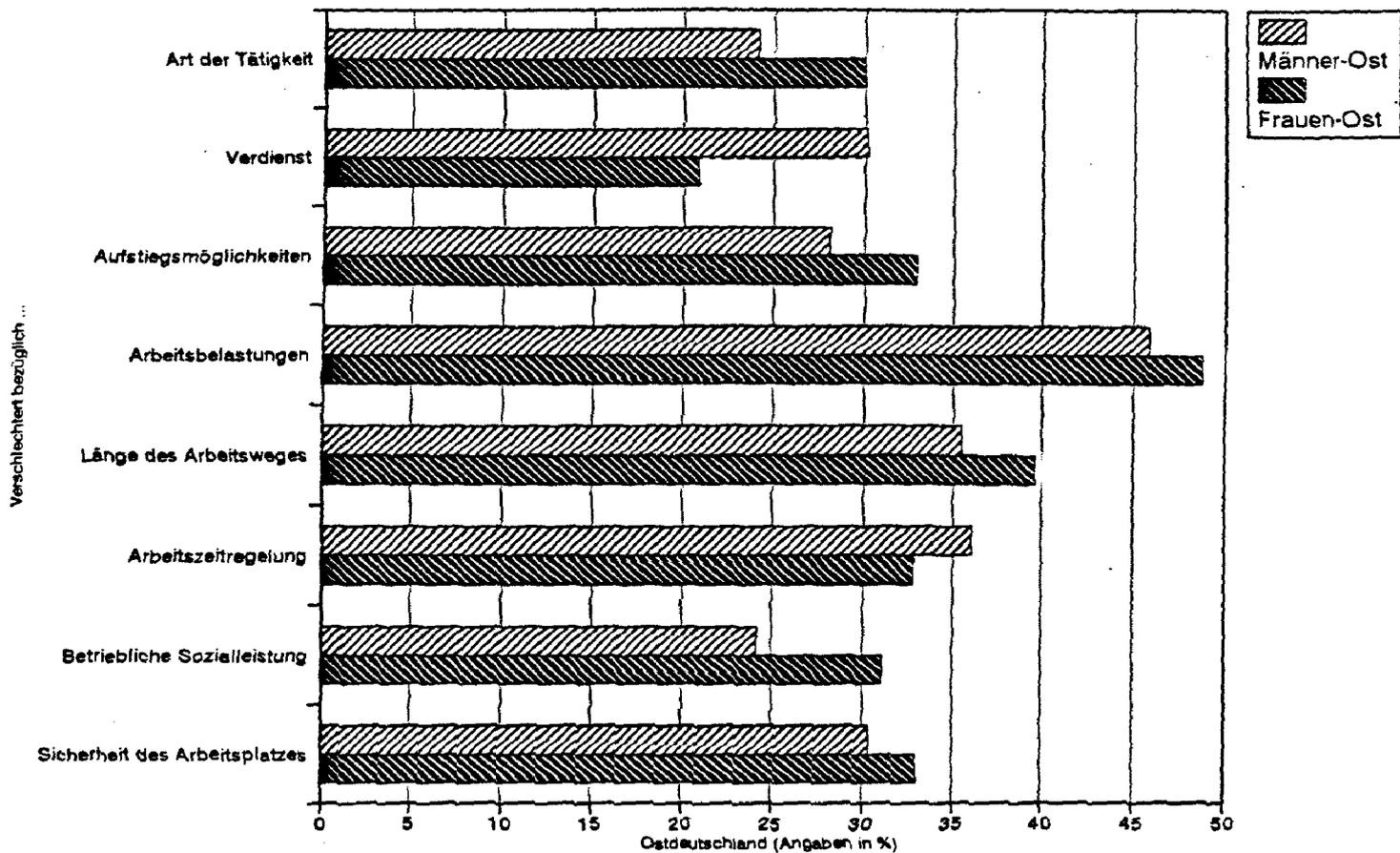
**Tabelle 8:**

**Auf welche Weise aus der letzten Stelle ausgeschieden**

	Ost - 1993		West-1993	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Sonstiges	1,4	1,0	7,6	9,8
Lediglich beurlaubt	8,6	2,2	24,0	5,6
Aufgabe des eigenen Geschäfts	0,4	1,3	1,3	1,3
Versetzung auf andere Stelle im Betrieb	1,7	0,4	0,1	0,6
Eigener Wunsch für innerbetr. Versetzung	0,0	0,4	0,1	0,1
Eigene Kündigung/Auflösung der Beschäftigung	13,5	22,1	41,3	46,7
Kündigung durch Arbeitgeber	28,2	26,9	10,1	13,6
Ende eines Ausbildungsverhältnisses	4,5	1,6	4,4	6,0
Befristetes Arbeitsverhältnis war beendet	9,4	12,7	4,6	6,0
Vorruhestand in Anspruch genommen	6,8	9,1	0,4	1,9
Rente/Pension	0,1	0,3	0,8	2,1
Betriebsstillegung/Auflösung der Dienststelle	25,4	22,0	5,3	6,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

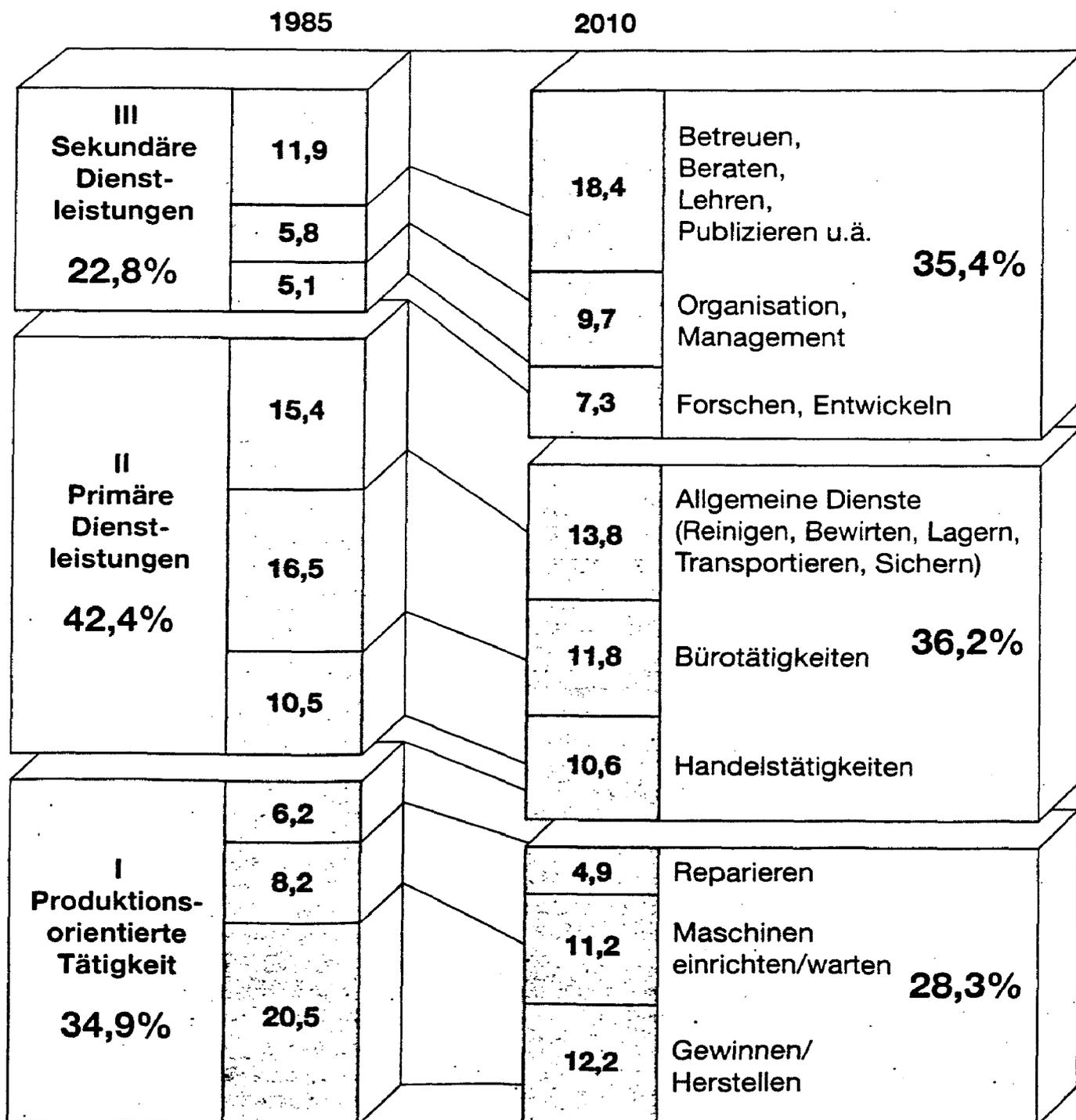
Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, 1993.

**Abbildung 9:** Beurteilung der neuen Stelle im Vergleich zur alten - Verschlechtert



Übersicht 1:

## Erwerbstätige nach Tätigkeitsgruppen 1985 und 2010, Bundesgebiet West, Anteile in %



<sup>1)</sup> ohne Auszubildende

Übersicht 2:

Erwerbstätige nach unterschiedlichen Anforderungsprofilen der Tätigkeit 1985 und 2010 <sup>1)</sup> , Bundesgebiet West, Anteile in %				
		1985	2010	
höherqualifizierte Tätigkeiten	28		40	Führungsaufgaben, Organisation und Management, qualifizierte Forschung und Entwicklung, Betreuung, Beratung, Lehren u.ä.
mittelqualifizierte Tätigkeiten	45		43	Fachtätigkeiten in der Produktion, Maschinen einrichten u.ä., Reparieren, Fachver(ein)käufer, Sachbearbeiter, Assistententätigkeiten in Forschung und Entwicklung, nichtakademische Betreuung u.ä.
einfache Tätigkeiten	27		17	Hilfstätigkeiten in Produktion, Reinigung, Bewirtung, Lagerhaltung, Transport, einfache Bürotätigkeiten, Verkaufshilfen u.ä.

<sup>1)</sup> ohne Auszubildende

### Übersicht 3:

Verteilung der abhängig Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Betrieb, in % <sup>1)</sup>				
Stellung im Betrieb	Bundesgebiet Ost		Bundesgebiet West	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Direktor, Amts-, Betriebsleiter	0,9	2,2	0,6	2,4
Abteilungsleiter, Prokurist	1,9	3,7	0,9	3,5
Sachgebietsleiter/Referent, Handlungsbevollmächtigter	2,9	3,1	1,1	3,2
Herausgehobene, qualifizierte Fachkraft, Meister	14,0	13,6	8,7	13,7
Sachbearbeiter, Vorarbeiter	15,1	5,9	16,9	12,8
Verkäufer, Facharbeiter	40,0	49,6	28,8	32,6
Bürokräft, angelernter Arbeiter	21,9	16,1	37,6	24,3

<sup>1)</sup> Ergebnisse des Mikrozensus 1991

Quelle: Stat. Bundesamt (Hrsg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Dez. 1992, S. 21

### Tabelle 9:

Auf die Frage: "Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich ganz zuversichtlich" antworteten (1):

Angaben in %	Ostdeutschland								Westdeutschland			
	Frauen				Männer				Frauen		Männer	
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993	1992	1993	1992	1993
- stimmt ganz und gar	15,3	12,6	12,9	10,2	19,9	17,2	16,9	9,8	13,9	10,7	16,0	11,4
- stimmt eher	44,6	39,6	46,6	41,6	46,2	43,8	46,3	47,8	47,0	42,1	51,4	44,9
- stimmt eher nicht	31,7	36,3	32,1	37,1	27,4	29,7	28,7	32,6	33,4	37,4	25,9	34,4
- stimmt ganz und gar nicht	8,3	11,5	8,4	11,1	6,5	9,3	8,2	9,8	5,7	9,8	6,7	9,4
Summe Optimisten	59,9	52,2	59,5	51,8	66,1	61,0	63,2	57,6	60,9	52,8	67,4	56,3

(1) Personen im Alter 16-59 Jahre.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, 1990-1993.

Tabelle 10:

**Umfang Vollzeitbeschäftigter(1) mit  
Präferenz für Arbeitszeitverkürzung bzw. -verlängerung**

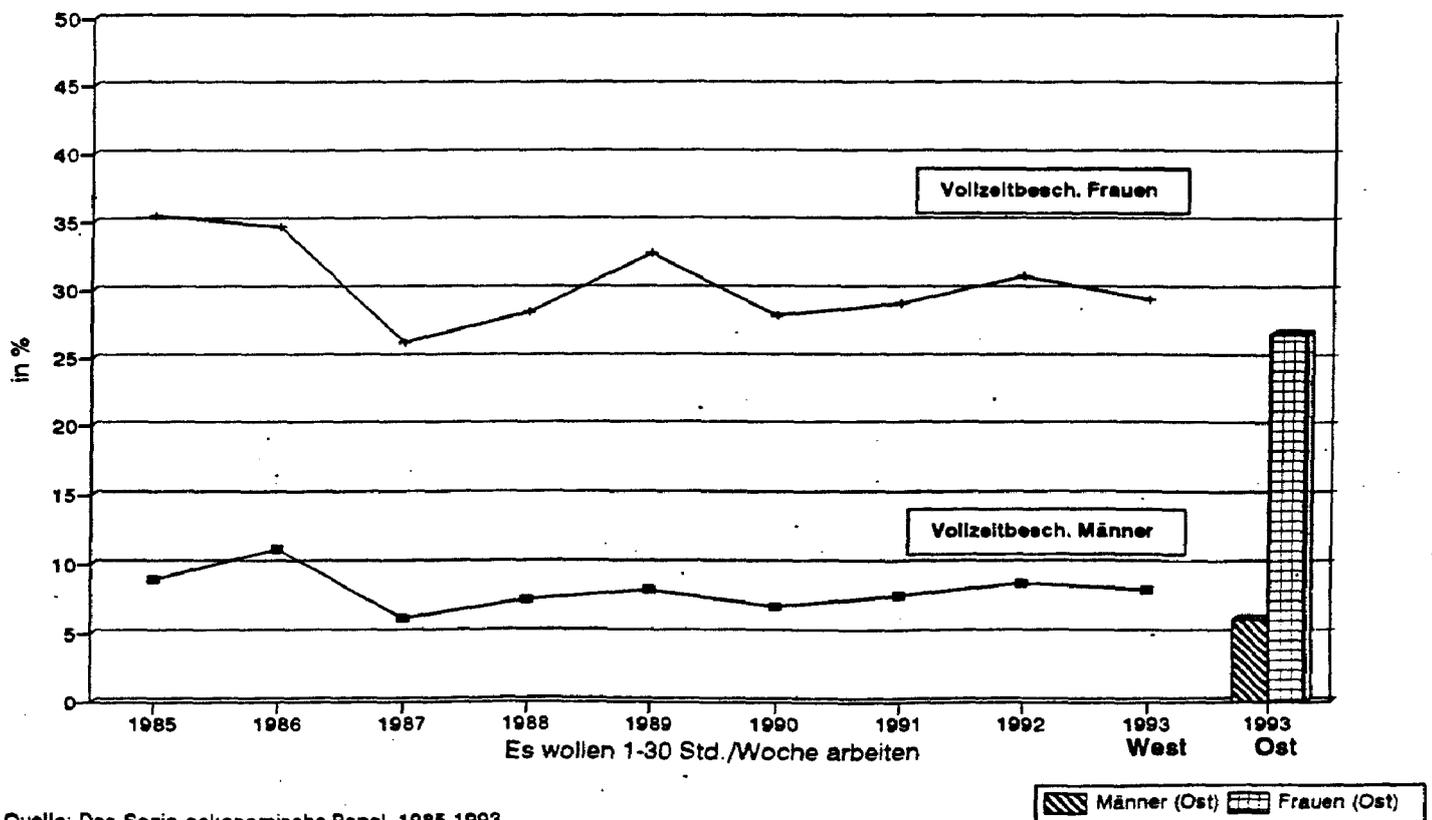
	Westdeutschland									Ostdeutschland
	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993
- hochgerechnet in 1000 -										
<b>Arbeitszeitverkürzungs- wünsche(2) Vollzeitbeschäftigter</b>										
- Männer	1122	1411	798	991	1092	897	1040	1127	1084	183
- Frauen	1867	1840	1433	1579	1964	1660	1746	1899	1792	591
<b>Insgesamt</b>	<b>2990</b>	<b>3251</b>	<b>2231</b>	<b>2570</b>	<b>3055</b>	<b>2557</b>	<b>2786</b>	<b>3026</b>	<b>2876</b>	<b>774</b>
<b>Arbeitszeiterhöhungs- wünsche(3) Vollzeitbeschäftigter</b>										
- Männer	1605	1590	1758	1621	1623	1174	1634	1892	1639	597
- Frauen	147	162	286	251	154	152	257	284	157	142
<b>Insgesamt</b>	<b>1752</b>	<b>1752</b>	<b>2043</b>	<b>1872</b>	<b>1777</b>	<b>1326</b>	<b>1891</b>	<b>2176</b>	<b>1797</b>	<b>739</b>
<b>Saldo</b>	<b>1237</b>	<b>1498</b>	<b>188</b>	<b>698</b>	<b>1278</b>	<b>1231</b>	<b>895</b>	<b>850</b>	<b>1079</b>	<b>35</b>

(1) Abhängig Beschäftigte.

(2) 1 bis 30 Std./Woche (3) 45 u. mehr Std./Woche.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittdatensätze 1985-1993 (Westdeutschland) und 1993 Ostdeutschland.

**Abbildung 10: Präferenzen weniger zu arbeiten - Abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende)**



Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, 1985-1993.

**Tabelle 11:**

**Gewünschte Wochenarbeitszeit in Std. abhängig Vollzeit-Beschäftigter  
(ohne Auszubildende) nach Umfang der Arbeitszeit (Selbsteinschätzung)**

Umfang der gewünschten Arbeitszeit (in Prozent)	Westdeutschland									Ostdeutschland
	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993
	- Männer -									
Hochgerechnet in 1000	12592	12608	13035	13169	13351	12979	13341	13111	13142	3047
1-19 Stunden/Woche	2,0	2,0	0,5	0,6	0,7	0,8	0,6	1,0	0,7	2,2
20-30 Stunden/Woche	6,6	9,0	5,4	6,8	7,1	6,0	7,1	7,4	7,3	3,7
31-35 Stunden/Woche	12,7	15,2	17,1	17,1	16,8	20,9	19,1	18,1	16,0	10,7
36-40 Stunden/Woche	62,9	59,7	60,4	61,7	59,2	61,8	59,9	57,1	60,9	62,6
41 Stunden/Woche und mehr	12,3	12,4	13,0	12,1	11,6	8,9	12,1	14,1	12,1	19,3
Summe 1-30 Stunden (k.A.-bereinigt)	8,9	11,2	6,1	7,5	8,2	6,9	7,8	8,6	8,2	6,0
Summe 41 u.m. (k.A.-bereinigt)	12,7	12,6	13,5	12,3	12,2	9,0	12,2	14,4	12,5	19,6
k.A./Weiß nicht	3,5	1,7	3,6	1,7	4,6	1,6	1,2	2,3	3,0	1,5
	- Frauen -									
Hochgerechnet in 1000	5258	5298	5499	5562	6000	5910	6016	6112	6099	2213
1-19 Stunden/Woche	3,8	2,5	1,7	1,0	1,7	1,4	1,6	3,0	2,5	3,5
20-30 Stunden/Woche	30,4	31,6	23,4	26,7	29,0	27,0	26,9	27,1	26,0	22,8
31-35 Stunden/Woche	14,5	15,0	22,0	18,6	14,3	22,1	18,8	17,2	18,0	14,5
36-40 Stunden/Woche	44,9	46,1	44,2	46,9	46,4	48,0	46,7	45,1	48,0	51,3
41 Stunden/Woche und mehr	2,7	3,0	5,0	4,4	2,4	2,6	4,2	4,5	2,5	6,3
Summe 1-30 Stunden (k.A.-bereinigt)	35,5	34,7	26,1	28,4	32,7	28,1	29,0	31,1	29,4	26,7
Summe 41 u.m. (k.A.-bereinigt)	2,8	3,1	5,2	4,5	2,6	2,6	4,3	4,6	2,6	6,4
k.A./Weiß nicht	3,7	1,8	3,7	2,4	6,2	-1,1	1,8	3,1	3,0	1,6

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittdatensätze 1985-1993 (Westdeutschland) und 1993 Ostdeutschland.